



Kopftuch

S. 3

Bis zuletzt war die Opposition nicht davon zu überzeugen, dass das Tragen eines Kopftuchs für islamische Lehrerinnen im Unterricht untersagt werden soll. Die Koalition änderte dennoch das Landesschulgesetz.

Neubau

S. 6

Für neue Straße ist kaum Geld da, die vorhandenen müssen ausgebaut und repariert werden. In dieser Zwickmühle versucht Schwarz-Gelb eigene Akzente zu setzen und den von Rot-Grün zu verantwortenden „Stillstand“ zu beenden.

Energie

S. 13

Die Enquetekommission I wollte es genau wissen. Sie lud Experten zum Hearing über die Fragen: Wie lange reichen noch die weltweiten Vorräte an Öl und Gas? Und wie entwickeln sich in Zukunft die Weltenergiemärkte?

Prävention

S. 17

Wie kann vorgebeugt werden, dass plötzlich eine Sporthalle wie die in Bad Reichenhall im vergangenen Winter zusammenbricht und Menschen unter sich begräbt? Dazu eine Anhörung im Bauausschuss.

Willkommen im
Sport- und Fußball-
Land Nordrhein-Westfalen!

Mit diesen Worten hat der ganze
Landtag die Gäste begrüßt, die als
Fans, als Fußballer oder als Funktionäre
zur Fußballweltmeisterschaft angereist sind.

Fern von Fremdenhass und Rassismus soll die Welt
sich in NRW wohl fühlen und unbeschwert die Spiele in
Dortmund, Gelsenkirchen und Köln genießen. Wie es scheint,
ist dieser Wunsch in Erfüllung gegangen: Fröhliche Fans,
freundliche Gastgeber, friedliche Veranstaltungen –
die Weltmeisterschaft ist in Nordrhein-Westfalen
gut aufgenommen worden. Ein Wermutstropfen bleibt allerdings: Wenn Deutschland
im Endspiel steht, dann gewinnt
die Elf in Berlin und leider nicht in
einem der nordrhein-westfälischen
Stadien (Seiten 9 bis 12)

Foto: Schälte

Präzisions-Pille

Das runde Leder fliegt derzeit bundesweit über den grünen Rasen. Wieso Leder und was heißt rund? Die „Pille“ der WM ist ein hoch komplexes Produkt, ihre wesentlichen Komponenten sind „Made in NRW“. Der WM-Ball besteht aus fünf verschiedenen Materialschichten. Die supermoderne Deckschicht und der Superkleber, der alles zusammenhält – nähen, das war einmal – stammen aus Leverkusen. Der Ball ist zudem runder als rund und fliegt hoch präzise, was schon David Beckham wohlwollend notiert hat: „Unglaublich, beeindruckend, klasse.“ Nicht ganz so optimal die Kondition der Fußballmannschaft des Landtags. Ihre Ball beschleunigenden Versuche gegen Prominente in Gevelsberg ließen nur ein bescheidenes Unentschieden zu (Seite 19).

Eine runde Sache – die WM zu Gast in Nordrhein-Westfalen



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Koalition verabschiedet Kopftuchverbot	3
<i>Opposition kritisiert Gesetz als „fehlgeleitete Integrationspolitik“</i>	
Revision oder Überarbeitung?	4
<i>Landtag beschäftigt sich mit der Entwicklung bei Hartz IV</i>	
Ausbildung ist Investition in Zukunft	5
<i>Opposition kritisiert angebliche Untätigkeit der Regierung</i>	
Neubeginn im Landesstraßenbau	6
<i>Opposition übt heftige Kritik an Umsteuern in der Verkehrspolitik</i>	
Berliner Kürzungspläne abgelehnt	7
<i>Bund will Regionalisierungsmittel für die Länder zurückfahren</i>	
„Religionsfreiheit nicht tangiert“	8
<i>Gesetz legt Gebühr für Erklärung des Kirchenaustritts fest</i>	
Die Welt zu Gast bei Freunden	9
<i>Das Parlament lud zum WM-Abend in den Landtag ein</i>	
Ein Fest – friedlich und erlebnisreich	10-11
<i>Viel Einigkeit beim großen Thema „Fußball-Land Nordrhein-Westfalen“</i>	
Größer, schöner, sicherer	12
<i>Blick auf die Fußball-WM-Stadien in Dortmund, Gelsenkirchen und Köln</i>	
„Die Ressourcen sind endlich!“	13
<i>Experten diskutieren über künftige Versorgung mit Öl und Gas</i>	
Vorbild England	14
<i>Familienzentren stellen neue Anforderungen auch an das Personal</i>	
Mehr Transparenz gefordert	15
<i>Fleischskandale verstärken auch den Ruf nach härteren Strafen</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Aufklärung statt Auflagen	17
<i>Experten unterstreichen den Wert vorbeugender Prüfungen</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Anke Brunn (SPD)	19
FCL: Krampf und Kampf in Gevelsberg	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Weltoffen, aber auch wehrhaft

Die WM-Vorrunde ist noch nicht beendet und schon gibt es einen Sieger: Nordrhein-Westfalen. Die drei Austragungsorte, die Fans, die Gastgeber und die zahllosen Helferinnen und Helfer haben dafür gesorgt, dass die Vorrundenspiele in Dortmund, Gelsenkirchen und Köln bisher so fröhlich, harmonisch und so reibungslos und sicher verlaufen sind. Wenn es so bleibt – und warum sollte es nicht? – dann hat unser Land bis zum Halbfinale in Dortmund am 4. Juli seine Chance genutzt, aller Welt zu zeigen, was es heißt, zu Gast bei Freunden zu sein.

Dass vor und in den Stadien, auf den An- und Abmarschwegen, vor den Großbildleinwänden und auch anderswo nichts passiert, das ist eine große Sicherheitsleistung, auf die sich die Polizei des Landes, verstärkt durch Beamte und Experten aus mehreren Ländern, die Justiz, die Städte und die Hilfsdienste penibel vorbereitet haben. Die Sicherheit ist präsent, auch wenn die Menschen, die dafür sorgen, nicht immer und überall zu sehen sind.

WERBUNG FÜR NRW

Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Land. Die Menschen hier kennen die Welt, als Touristen oder als Beschäftigte von Unternehmen, die ihre Güter und Dienstleistungen auf die Märkte aller Herren Länder exportieren. Jetzt, zur WM, ist Gelegenheit, dass auch die Welt Nordrhein-Westfalen kennen lernt: Das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland auf dem Weg zu alter Stärke, mit all seinen Vorzügen und Problemen.

Vielleicht sehen die Gäste aus dem Ausland auch, dass unser Land nicht nur ein weltoffenes, sondern auch ein stabiles, demokratisches Gemeinwesen ist. 60 Jahre besteht in diesen Tagen Nordrhein-Westfalen. Wir blicken zurück und feiern diesen Anlass. Aber wir müssen wachsen bleiben: Der Ungeist der Vergangenheit spukt noch in manchen Köpfen herum.

In der Rückschau wird sich bald kein Mensch mehr an den verlorenen Haufen von Rechtsextremisten erinnern, die glaubten, zur WM in Gelsenkirchen das Bild vom hässlichen Deutschen neu zeichnen zu müssen. „Wir sind Deutschland, und ihr nicht“, brüllten sie den vielen ausländischen Fans zu. Lächerlich, umgekehrt wird ein Schuh draus! Wenn jemand recht zu dieser groben und unfeinen Behauptung hätte, dann die 5.000 Gegendemonstranten, die an diesem Tag diszipliniert und engagiert Flagge gegen Rechts zeigten und sich den Neonazis in den Weg stellten.

JK



Fotos: Schälte

Koalition verabschiedet Kopftuchverbot

Opposition kritisiert Gesetz als „fehlgeleitete Integrationspolitik“

Muslimische Lehrerinnen dürfen in nordrhein-westfälischen Schulen künftig kein Kopftuch mehr tragen. Das hat der Landtag jetzt nach langwierigem Beratungsverfahren mit der Verabschiedung des ersten Teils der Schulgesetznovelle beschlossen. Die Opposition stimmte gegen das von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Gesetz (Drs. 14/569). Das Kruzifix, die Nonnentracht oder die jüdische Kippa sollen jedoch von der gesetzlichen Regelung unberührt bleiben. Sie stünden im Einklang mit den verfassungsrechtlich verankerten christlich-abendländischen Kulturwerten, heißt es in der Gesetzesbegründung.

Ilka Keller (CDU) betonte die Absicht, mit dem Gesetz endlich für „Rechtssicherheit und Rechtsklarheit“ an nordrhein-westfälischen Schulen zu sorgen. Es sei „grundsätzlich nicht akzeptabel“, dass Lehrerinnen an öffentlichen Schulen ein Kopftuch tragen. Es widerspreche nicht nur dem grundgesetzlichen Gleichheitsgebot der Geschlechter, sondern übe auch einen „unzulässigen Druck auf Kinder und Jugendliche“ aus. Nach geltender Rechtssprechung sei es

grenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft wie individuelle Selbstbestimmung und Emanzipation der Frau ausdrückt“. Mit dem Gesetzesentwurf setze Schwarz-Gelb ein „klares Zeichen für Integration“ und „gegen falsch verstandene Toleranz“. Papke: „Toleranz heißt nicht Beliebigkeit.“

Thomas Stotko (SPD) warnte eindringlich davor, die Diskussion über die Frage eines Kopf-

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, nannte das Gesetz einen „integrationspolitisch fatalen und folgenschweren Fehler“ und ein „Signal der Ausgrenzung“. Ein isoliertes Kopftuchverbot sei verfassungswidrig. Folgerichtig müssten dann auch die Kippa und die christliche Nonnentracht aus den Schulen verbannt werden. Sie schloss mit den Worten: „Ich kann nur den Kopf schütteln über so viel Ignoranz gegenüber verfassungsrechtlichem Sachverstand und über so wenig Gespür und Verantwortung für ein Problem, das schwerer wiegt als ein Stück Stoff, dessen Bedeutung nicht objektivierbar ist.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) verteidigte das Gesetzesvorhaben als Ergebnis einer Güterabwägung zwischen der individuellen Religionsfreiheit, der religiösen Neutralität der Schule und der besonderen Verpflichtung von Beamten gegenüber dem Grundgesetz und der Landesverfassung. „Wir wissen, dass das Kopftuch nicht nur ein religiöses Zeichen ist. Es ist vielmehr auch eine politische Aussage.“ Es werde nicht selten als „deutliches Zeichen der Abgrenzung“ eingesetzt und stehe dann für „Geschlechtertrennung, Ungleichbehandlung von Mann und Frau und ihre Unterdrückung“.

Wolfram Kuschke (SPD) prophezeite, das mit Koalitionsmehrheit durchgepackte Gesetz werde „vom Bundesverfassungsgericht definitiv kassiert werden“. Auch der Europäische Gerichtshof werde sich damit befassen. An Schwarz-Gelb: „Sie fügen diesem Land mit diesem Gesetzesentwurf einen erheblichen Schaden zu.“

Peter Biesenbach (CDU) wies den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zurück. Bei der vorausgegangenen Sachverständigenanhörung hätten mehrere Verfassungsrechtler und nicht zuletzt



Ilka Keller (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Thomas Stotko (SPD)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Schulministerin Barbara Sommer (CDU)

nicht entscheidend, aus welchem Motiv heraus eine Frau ein Kopftuch trägt. „Maßgeblich ist vielmehr, dass es vom Empfängerhorizont als politisches Symbol verstanden werden kann.“

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, meinte: „Das Kopftuch ist inzwischen weltweit zu einem Symbol des islamischen Fundamentalismus geworden.“ Auch das Bundesverfassungsgericht habe „ausdrücklich“ festgestellt, dass das muslimische Kopftuch als politisches Symbol angesehen werden kann, „das die Ab-

tuchverbotes mit der Frage von Zwangsheirat und Ehrenmorden zu vermischen. „Das ist der unverschämte Versuch, Symbole miteinander zu verbinden, die nichts miteinander zu tun haben.“ Ungeachtet der von Experten geäußerten rechtlichen Bedenken hinsichtlich des Gesetzesentwurfes spiele Schwarz-Gelb „mit dem Feuer auf dem Weg zu einem laizistischen Staat“. Das werde seine Fraktion auf keinen Fall akzeptieren. An die Koalition: „Sie opfern derzeit auf dem Altar der Symbolpolitik das Verständnis unseres Staates.“

der Präsident des NRW-Verfassungsgerichtshofs den Entwurf als „verfassungsgemäß“ gewertet.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) betonte, es gehe bei dem Gesetz nicht um „Kopftuchdiskreditierung“, sondern um die „Neutralitätspflicht“ von Lehrkräften an öffentlichen Schulen. Wenn es in einer Schulklasse muslimische Schülerinnen mit und ohne Kopftuch gebe, „brauchen wir meiner Meinung nach keine Lehrerin, die Partei bezieht, indem sie Kopftuch trägt und quasi Vorbild für das Tragen des Kopftuchs ist“. ■

Barbara Steffens (GRÜNE) und
Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU)

Revision oder Überarbeitung?

Landtag beschäftigt sich mit der Entwicklung bei Hartz IV

„Generalrevision Hartz IV: Welche Linie verfolgt die Landesregierung“ – das fragte die GRÜNE-Fraktion in einer Aktuellen Stunde. CDU und FDP verbanden damit gleich einen eigenen Antrag mit dem Thema: „Fehlentwicklungen korrigieren: Arbeitsmarktreform Hartz IV überarbeiten“.

ses Jahres rund 867.000 Bedarfsgemeinschaften, 1.164.000 Arbeitslosengeld II-Beziehende und 460.000 Sozialgeld-Beziehende registriert worden. Ein Problem seien die SGB II-Bezieher, die noch nie gearbeitet hätten – weil sie unmittelbar aus der Ausbildung in den Leistungsbezug kommen, zuvor noch nie erwerbstätig waren und auch nicht aktiv nach einer Beschäftigung gesucht haben. So wurden in NRW von Mai 2005 bis April 2006 mehr als zwölf Prozent aller Zugänge aus Ausbildung registriert, unter den Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren lag der Anteil an allen Zugängen sogar bei 15 Prozent. In einem Jahr kamen in NRW so etwa 66.000 Personen aus dem Status „noch nie erwerbstätig“ als Arbeitslose in den Leistungsbezug. „Jugendlichen, die sich vermutlich noch gar nicht um eine Beschäftigung bemüht haben, finanzieren wir einen eigenen Haushalt“, sagte Laumann. Gleichzeitig seien erschreckende 60 Prozent der Eingliederungsleistungen nicht für die Integration arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt genutzt worden. Der Minister forderte, die Arbeitsgemeinschaften dürften nicht durch den Bund gesteuert werden. Neben einer konsequenten Regionalisierung forderte er den Schutz für diejenigen, die lange gearbeitet haben. Leistungskürzungen stellten dagegen keine Lösung dar. ■

Barbara Steffens (GRÜNE) fand, die momentane Debatte um Hartz IV gehe auf Kosten der Beziehung von Leistungen nach Hartz IV: „Wir erleben eine massive Stigmatisierung der Betroffenen“, kritisierte sie, „es wird nur noch über Missbrauch geredet“. Dabei handele es sich um systematische Fehler, die natürlich geändert werden müssten. Aber: „NRW fordert zwar viel über die Medien, aber nichts am Verhandlungstisch in Berlin.“ Stärker durchgegriffen werden müsse nicht gegen die Hartz-Empfänger, sondern „gegen diejenigen, die keine Arbeitsplätze schaffen, die den Arbeitsmarkt nicht in Ordnung bringen“.

Norbert Post (CDU) dagegen sagte, es gehe um diejenigen, welche die Gesetze vor Ort umsetzen sollen. Diese müssten die Chance bekommen, das ordentlich zu tun. Im Moment aber gebe es Zuständigkeits- und Abstimmungsprobleme und es seien zu wenig Vermittler in den Arbeitsgemeinschaften (ARGEN). Die Gesetze seien eben nicht in Ordnung, wenn sie ausgenutzt und missbraucht werden könnten. „Sie brauchen eine Zuständigkeit, klare Vorgaben und Missbrauchsverhinderungsstrategien, also Prüfkriterien, denen sich jeder stellen kann.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) war der Meinung, die Menschen könnten nicht verstehen, wenn ein Millionärssohn Hartz IV bekäme. Der angestellten Verkäuferin würden die Entfernungspauschale gesenkt und die Steuern erhöht – aber ein Hartz IV-Empfänger könne auf einen „Stundenlohn“ von zwölf Euro kommen. Er

forderte eine umfassende Revision der Gesetzgebung sowie der kompletten Arbeitsverwaltung. Die Nürnberger Mammutbehörde sei ihren Aufgaben nicht gewachsen. Romberg sprach sich dafür aus, die Bundesagentur für Arbeit in ihrer jetzigen Form aufzulösen und ihre Aufgaben neu zu ordnen. Die Langzeitarbeitslosen würden durch die Bundesagentur für Arbeit viel zu schlecht betreut. „Wirksamer ist es, den Kommunen diese Aufgabe zu überlassen.“

Rainer Schmeltzer (SPD) verteidigte die Hartz IV-Maßnahmen; sie seien „besser als ihr Ruf“. Die Position der CDU sei unklar: „Was will die CDU? Sie weiß es selber nicht.“ So forderten NRW-Politiker etwas anderes als die Politiker der gleichen Partei in Berlin: „In Berlin unterschreiben und hier dagegen agitieren.“ Die CDU habe den Menschen Arbeit versprochen, getan habe sie allerdings nichts.

Günter Garbrecht (SPD) unterstützte ihn. „Es gibt bei Hartz IV nicht ein zu wenig an Fordern, sondern ein zu wenig an Fördern.“ Die gleichen Medien, die noch vor 15 Monaten von drohender Armut gesprochen hätten, redeten heute von Kommunismus. „Wir sind weiter an einem Erfolg der Großen Koalition interessiert, aber der Ministerpräsident offensichtlich nicht.“

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) forderte, der Vertrauensverlust in den Sozialstaat, der durch das „Hartz-Desaster“ entstanden sei, müsse gestoppt werden. In NRW seien im April die-



Fotos: Schälte

Ausbildung ist Investition in Zukunft

Opposition kritisiert angebliche Untätigkeit der Regierung

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschäftigte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Tag der Ausbildung in Deutschland: Das Schweigen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen“. Die Diskussion zeigte: Mehr Ausbildungsplätze wollen alle Fraktionen. Wie das erreicht werden kann, darüber herrschen unterschiedliche Meinungen.

Rainer Schmeltzer (SPD) sah „dringenden Handlungsbedarf“ und nannte exemplarisch Zahlen aus einigen Städten. So habe Bergisch Gladbach im laufenden Ausbildungsjahr 261 Ausbildungsplätze weniger, Bonn 766 und Recklinghausen 446. „Dieses Thema muss uns täglich beschäftigen“, verlangte der Abgeordnete und kritisierte, die Landesregierung habe den „Tag der Ausbildung“ (29. Mai) nicht ausreichend gewürdigt. Der Tag sei symbolisch, „aber die Aufgabe muss uns täglich beschäftigen“. Schmeltzer: „Alle Wirtschaftspolitiker, insbesondere die zuständigen Minister in Bund und Land, müssen bei der wirtschaft permanent Ausbildungsplätze anmahnen und alle Möglichkeiten nutzen, bei der Wirtschaft mal laut, mal leise für Ausbildungsplätze zu kämpfen. Appelle nützen nichts, sie reichen überhaupt nicht aus. Es muss gehandelt werden.“

Franz-Josef Knieps (CDU) mahnte: „Wer nicht weiß, ob er in zwei Jahren noch existiert, stellt kaum noch einen Lehrling ein.“ 25 Prozent der Jugendlichen seien zur Zeit außerdem nicht ausbildungswillig oder nicht ausbildungsfähig. Debatten über eine Ausbildungsplatzabgabe führten deshalb nicht weiter. Knieps: „Wir haben derzeit in NRW fast 1.500 freie Ausbildungsplätze gemeldet.“ Er rief die Betriebe dazu auf, auch über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. In wenigen Jahren gebe es einen erheblichen Mangel an Fachkräften: „Wer heute ausbildet, wird sich morgen über diesen Schritt freuen, und er sichert die Zukunft seiner Firma und seines Berufsstandes.“

Barbara Steffens (GRÜNE) betonte: „Ein Tag der Ausbildung reicht nicht.“ Das Prinzip „Fördern und Fordern“, das bereits bei der Hartz IV-Diskussion formuliert worden sei, müsse auch für den Ausbildungsbereich gelten. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Landesregierung den Tag intensiver genutzt hätte. Die Abgeordnete: „Mehr Leute vor Ort, aus der Verwaltung, aus der Bundesagentur, haben Klinken geputzt, aber der Einsatz von oben ist nicht in dem erforderlichen Maße da gewesen. Der Erfolg ist zu gering, die Bilanz ist sehr schlecht.“ Da wundere es nicht, wenn das Thema Ausbildungsplatzabgabe wieder aufs Tapet komme. Denn als das im Bund verstärkt diskutiert worden sei, da „gab es eine Menge Unternehmen, die unter dem Druck des Androhens einer Ausbildungsplatzumlage auch bereit waren zu überlegen, ob sie nicht doch den einen oder anderen Platz mehr einrichten“. Alle freiwilligen Vereinbarungen gerade mit großen Unternehmen hätten nichts gebracht.

Ralf Witzel (FDP) machte darauf aufmerksam, nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch aus sozialer Verantwortung brauche man mehr Ausbildungsplätze. „Wir konzentrieren uns auf lange Phasen mit nur einem Berufsschultag.“ Arbeitgeber bekämen außerdem bald größere Möglichkeiten, das Berufskolleg auszusuchen. „Wir fangen jetzt mit den ersten zehn Berufen an, weitere werden folgen“, versprach der Abgeordnete.

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) meinte, es sei „dummes Zeug“ zu glauben, man könne das Engagement einer Landesregierung in Sachen Ausbildung daran fest machen, ob oder in welchem Umfang sie sich an der einen oder anderen Aktivität beteiligt. Das wäre, erklärte der Minister, genauso, als beurteile man einen guten Katholiken nur daran, ob er zu Weihnachten in die Kirche geht, „ohne darauf zu achten, wer regelmäßig Sonntag für Sonntag die Messe besucht“. Für die Landesregierung sei jeder Tag im Jahr ein Tag der Ausbildung. Sie habe innerhalb eines Jahres mehr nachhaltig wirksame Aktivitäten auf den Weg gebracht, als all ihre Vorgänger. So sei es jetzt möglich, Absolventen vollzeitschulischer Bildungsgänge zur externen Kammerprüfung zuzulassen – auch in dualen Ausbildungsgängen. Dies sei zwar ein zeitlich befristeter „Notnagel“. Aber er werde persönlich mit Wirtschaftsministerin Christa Thoben alle Kammern besuchen, die sich weigerten mitzumachen. Der Minister kritisierte den Umstand, dass die Hälfte aller Betriebe, die ausbilden könnten, dies nicht täten. Das dürfe nicht so bleiben. „Denn wir haben es ja tatsächlich mit zwei größer werdenden Gruppen auf dem Ausbildungsmarkt zu tun: Den geburtenstarken Jahrgängen, die derzeit den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf schaffen wollen und den so genannten Altbewerbern, also all jenen, die in den vergangenen Jahren mit verschiedenen, meist mehrfachen Maßnahmen vertröstet wurden“, betonte Laumann. ■

Neubeginn im Landesstraßenbau

Opposition übt heftige Kritik an Umsteuern in der Verkehrspolitik

Die unterschiedlichen Standpunkte in der Verkehrspolitik waren Hintergrund der Plenardebatte über die Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 14/1998). Während bei der ersten Lesung die Opposition den Koalitionsfraktionen falsche Versprechungen aus der Zeit des Wahlkampfes vorwarf, antwortete das Regierungslager, Rot-Grün habe in den letzten Jahren nichts in den Straßenbau und in die Instandhaltung investiert.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) rechnete mit Rot-Grün ab: Die frühere Koalition habe zweimal den Landesstraßenbedarfsplan nicht fortgeschrieben, da habe Stillstand geherrscht. Schwarz-Gelb dagegen habe diese Fortschreibung zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf den Weg gebracht. „Das ist ein Signal für den notwendigen Aufbruch, für Verlässlichkeit und Planungssicherheit in der für Wirtschaft und Arbeitsplätze so wichtigen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik.“ Der Minister lobte die Mitwirkung der Regionalräte, die sehr schnell zu überzeugenden praktischen Vorschlägen gekommen seien. Er erläuterte die Festlegungen in Stufe 1 („vordringlicher Bedarf“) und Stufe 2 („weiterer Bedarf“). Stufe 1 enthalte 263 Vorhaben, die bis zum Jahr 2015 abgeschlossen sein sollen oder eingeleitet worden sind. Für die 72

Vorhaben in Stufe 2 seien bis zu diesem Zeitraum keine Mittel eingeplant. Wittke: „Dieser Programmentwurf kann sich sehen lassen, auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt wurden.“ Er sei zukunftsfähig und belastbar.

Karl-Heinz Haseloh (SPD) kritisierte den augenfälligen Unterschied zwischen Ankündigung („Sonderprogramm Verkehrsinfrastruktur 2010“) und dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung. Der Abgeordnete: „Im völligen Gegensatz zu den Wahlversprechen und den damaligen Ankündigungen hier im Landtag wies der Landeshaushalt 2006 Straßenbaumittel jedoch nur in Höhe von 67 Millionen Euro und Erhaltungsmittel in Höhe von 53 Millionen Euro aus. Mit diesen 120 Millionen Euro sollen also die Neubau- und die Erhaltungsmaßnah-

men bei einem Bedarf von 215 Millionen Euro gedeckt werden“. Faktisch sei das eine Unterdeckung von 95 Millionen. Haseloh: „Alles falsche Versprechungen“. Der öffentliche Personennahverkehr werde von Schwarz-Gelb geschwächt; das belaste den Verkehrsträger Straße in NRW zusätzlich, ohne dass der entsprechende Investitionsbedarf erhöht werde.

Bernd Schulte (CDU) fand, was die alte Landesregierung acht Jahre verzögert habe, „hat die neue Landesregierung in nicht einmal einem Jahr umgesetzt“. Diese Fortschreibung sei das Ende der bisherigen verkehrspolitischen Willkür, die 60 Neubauvorhaben durch Ausnahmen oder Anpassungen in den Landesstraßenbedarfsplan aufgenommen habe – nach welchen Kriterien eigentlich? Schulte machte darauf aufmerksam, dass die frühzeitige Einbringung des Entwurfs mehrfache Umweltprüfungen vermeide, was wiederum Verzögerungen und Verteuerungen verhindere. Außerdem, so der Abgeordnete, „werden wird für den Landesstraßenbau einen verlässlichen und stetigen Finanzrahmen fassen“.

Oliver Keymis (GRÜNE) sah die Angelegenheit anders: Das Verfahren sei durch die Regionalräte „gepeitscht“ worden, auch der Landesumweltminister habe nicht genügend Zeit gehabt, alle 600 Projekte bei Schiene und Straße zu prüfen. Eingbracht habe die Koalition den Entwurf deswegen schon heute, weil auch in NRW ab 20. Juli die Strategische Umweltprüfung der EU Pflicht sei. Das Ganze sei Ausdruck einer ideologischen Straßenausbaupolitik, fand der grüne Sprecher und wies darauf hin: „Mit jeder Straße, die wir neu bauen, vergrößern wir das Problem, dass wir die Straßenerhaltung nicht finanzieren können.“ Das Regierungslager, so sein Appell, solle die Systematik umstellen und mehr Geld für den Erhalt als für den Neubau von Straßen ausgeben.

Christof Rasche (FDP) ließ das nicht gelten: In diesem Jahr würden die Mittel im Landeshaushalt zu fast 100 Prozent durch alte Straßenbaumaßnahmen verausgabt, „maximal 0,5 Prozent sind neue Maßnahmen“. Rasche zu Rot-Grün: „Wir haben uns ganz klar entschieden, wir wollen die Brücken, die Sie in die Landschaft gesetzt haben, nicht einfach stehen lassen, sondern wir wollen links und rechts Straßen daneben bauen.“ Trotz extrem schwieriger Haushaltslage habe die neue Koalition mit ihrem Haushaltsentwurf für das laufende Jahr eine neue Priorität zugunsten des Landesstraßenbaus gesetzt. Erstmals seit Jahren sei der Haushaltsansatz wieder angehoben worden und zwar um fünf Prozent auf insgesamt 133,7 Millionen Euro. Zwar sei der Bedarf größer, „aber die finanziellen Möglichkeiten lassen uns keine andere Wahl“. Dennoch sei der Landesstraßenbedarfsplan der neuen Landesregierung ein „Meilenstein in der Verkehrspolitik“.

Ins Pedal getreten...

... für einen guten Zweck, die eigene Gesundheit nämlich. An 20 Tagen mit dem Rad zur Arbeit will die gemeinsame Initiative erreichen, die der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) und die AOK Rheinland aus der Taufe gehoben haben. Weil auch gute Sachen ihre Vorbilder brauchen, schwangen sich zu Beginn Landtagspräsidentin Regina van Dinter (vorne rechts) und Landesverkehrsminister Oliver Wittke (hinter ihr) vor dem Landtag in den Sattel. Sie taten das in sachkundiger Begleitung von Margrit Glattes (vorne links), AOK-Geschäftsbereichsleiterin, und Thomas Semmelmann, ADFC-Landessprecher NRW. Die zum zweiten Mal stattfindende bundesweite Aktion ruft alle Beschäftigten dazu auf, mit einem rund 30-minütigen Fahrradtraining auf dem Weg zur Arbeit die Gesundheit nachhaltig zu verbessern.

Foto: Schälte



Berliner Kürzungspläne abgelehnt

Bund will Regionalisierungsmittel für die Länder zurückfahren

Mitte der 90-er Jahre hat der Bund den Ländern die Verantwortung für den Schienen-Personen-Nahverkehr (SPNV) übertragen. Zur Finanzierung erhalten die Länder vom Bund die so genannten Regionalisierungsmittel. Das Regionalisierungsgesetz sieht eine jährliche Dynamisierungsrate von 1,5 Prozent vor. Nun plant die Bundesregierung, die Regionalisierungsmittel zu kürzen, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Dies war der Anlass für die SPD-Fraktion, einen Antrag (Drs. 14/1976) zu stellen: „Die Zukunft des Nahverkehrs in NRW planen – den von der Bundesregierung beschlossenen Mittelkürzungen nicht konzeptionslos begegnen.“ Gleichzeitig berieten die Landtagsabgeordneten über einen Eilantrag der Grünen (Drs. 14/2011): „Keine Kürzung der Regionalisierungsmittel für NRW – Landesregierung soll Bundeshaushalt im Bundesrat ablehnen.“ Der Antrag der SPD wurde zur Beratung im Ausschuss angenommen, der Eilantrag der Grünen von der Mehrheit abgelehnt.

Bodo Wißen (SPD)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Olaf Lehne (CDU)

Christof Rasche (FDP)

Verkehrsminister
Oliver Wittke (CDU)

Bodo Wißen (SPD) betonte die soziale Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs und kritisierte die Schülerbeförderungskosten, die ausgerechnet im vom Ministerpräsidenten des Landes ausgerufenen Jahr des Kindes gekürzt würden: „Diese Landesregierung weiß also, dass es zu Kürzungen kommt und verschärft sie noch“, sagte er, „die Täter sitzen in diesem Hause.“ Oliver Wittke, den er „Baustellenminister“ nannte, lasse sich das Heft des Handels aus der Hand nehmen. „Stellen Sie dar, wie Sie die Zukunft des Landes planen wollen“, forderte er.

Oliver Keymis (GRÜNE) erinnerte an einen Antrag seiner Partei, die Mittel nicht zu kürzen, aber einzufrieren. „Wir sind die Freunde des öffentlichen Personennahverkehrs“, hob er hervor. Das Benzin werde teurer, das Öl knapper und deshalb gebe es keine Alternative. „Wir werden jede Kürzung im Personennahverkehr ablehnen“, prophezeite er. Sparpotenzial sah er woanders: „Es gibt jede Menge Verkehrsverbünde in NRW, jeder mit einem Aufsichtsrat.“ Eine Zusammenlegung auf vier, fünf oder sechs Verbünde sei sinnvoll.

Olaf Lehne (CDU) sagte, der Eilantrag der Grünen sei nicht eilig. Man verhandle schließlich noch mit dem Ziel, zu einer gerechteren Verteilung der Mittel zu kommen. Denn bei der Verteilung der Bundesmittel auf die Länder schneide NRW schlecht ab. Die abgewählte

rot-grüne Regierungskoalition habe anscheinend in der Vergangenheit keinerlei Einsatz gezeigt, um zu einer für das Land angemessenen Größenordnung zu kommen. NRW bekomme 61,47 Euro pro Einwohner, Brandenburg 156,93 Euro. Dabei werde hier das Geld effektiv eingesetzt: „Mit einem Euro Regionalisierungsmitteln fährt ein Fahrgast in NRW 6,8 Kilometer. In Brandenburg sind es nur 4,6 – in Sachsen gar nur 1,9 Kilometer“, so Lehne.

Christof Rasche (FDP) meinte, wer glaube, dass man im ÖPNV an einer Kürzung vorbei komme, sei weltfremd. „Unsere Ziele sind: Keine Kürzung im Jahr 2006, eine wesentliche Reduzierung der geplanten Kürzung im Jahr 2007 und eine langfristige Planungssicherheit“, sagte Rasche. Mit der geforderten Ablehnung des Bundeshaushaltes erreiche man gar nichts, mit Überzeugung dagegen vielleicht sehr viel.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) sagte: „Wir sind uns ja einig, dass die Berliner Planung auf unseren Widerstand stößt.“ Und weiter: „Sie zerren dieses Thema in einen parteipolitischen Streit, wo Einigkeit angesagt wäre.“ Die Länder hätten als Kompromiss einen Verzicht auf die 1,5-Prozent-Zuwächse angeboten. Im Übrigen sei überhaupt noch nicht bekannt, in welcher Höhe Kürzungen kommen würden: „Sie produzieren Papier, Anträge und eine große Show“, ärgerte sich Wittke. ■

Fotos: Schälte

„Religionsfreiheit nicht tangiert“

Gesetz legt Gebühr für Erklärung des Kirchenaustritts fest

Gegen die Stimmen von SPD und Grünen hat der Landtag mit der Mehrheit der Koalition von CDU und FDP den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz, Drs. 14/1518) in zweiter Lesung verabschiedet. Künftig kostet die Austrittserklärung beim zuständigen Amtsgericht 30 Euro.

Christian Möbius (CDU) fand, dass die vorgesehene Gebühr von 30 Euro für das Verwaltungshandeln angemessen ist und den Austrittswilligen nicht überfordert. Richtig sei auch, die Erklärungen gegenüber einer staatlichen Stelle abzugeben und nicht gegenüber den betroffenen Religionsgemeinschaften, denn die „könnten gegebenenfalls hohe Hürden aufbauen“. Zudem habe die Diskussion im Plenum und im zuständigen Hauptausschuss „keine vernünftigen Gründe ergeben, die gegen die Erhebung einer dem sächlichen und personellen Aufwand entsprechenden Kirchenaustrittsgebühr sprechen“. Darum sollte man an dieser Stelle „nicht eine künstliche Debatte um des Debattierens willen führen“.

Markus Töns (SPD) sah eine Reihe von Fragen nicht beantwortet. Etwa danach, was geschieht, wenn ein religionsmündiger 14-Jähriger austritt, aber die Erziehungsberechtigten die Gebühr zu zahlen nicht bereit oder in der Lage sind: „Wird hiermit nicht das Recht auf Religionsfreiheit und Mündigkeit berührt, vielleicht sogar verletzt?“ Wie sei das mit anderen Geringverdienern – „wird es sogar eine ‚Austrittsgebühr light‘ geben?“ Ob in Zukunft auch eine

Kircheneintrittsgebühr eingeführt werden soll? Warum werde die Erklärung nicht auf die Standes- und Meldeämter übertragen? Niemand verstehe das Vorgehen der Landesregierung, „die Kirchen nicht und die Menschen im Land schon gar nicht“. Töns: „Bei den Menschen im Land kommt wiederum an: Die Landesregierung will uns nur abzocken.“

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) urteilte, der Gesetzentwurf stifte Verwirrung „und er bringt viel zu wenig ein, um all diese negativen Begleitumstände durch eine satte Einnahme des Finanzministers zu rechtfertigen“. Die Regelung sei inkonsequent: Der Kircheneintritt werde durch die Taufe, ein Sakrament, gegenüber der Kirche erklärt. Da stelle sich die Frage, „warum der Kirchenaustritt nicht auch gegenüber der Kirche erklärt wird“. Es sei nicht zu begründen, warum derjenige, der austrete und längere Zeit Kirchensteuer bezahlt habe, zur Kasse gebeten werden soll. Logischer wäre es doch, dass die Kirchen für diese Dienstleistung des Staates aufkommen und die Kosten des Staates übernehmen. Der Gesetzentwurf sei nicht überzeugend, darum lehnten die Grünen ihn ab.

Dr. Robert Orth (FDP) kritisierte, von den Gegnern des Gesetzes habe er heute kein einziges neues Argument gehört. Eine Differenzierung zwischen Minderjährigen und Volljährigen komme für ihn nicht infrage. So lange die Kirchen keine Eintrittsgebühr verlangten, „sollten wir uns hierüber nicht den Kopf zerbrechen“. Über diesen „kleinen, symbolischen Betrag“ sei schon viel zu lange gesprochen worden, sagte er, der Beitrag sei in seinen Augen gerecht, „denn überall dort, wo dem Staat Kosten entstehen, sollten die Bürger diese auch erstatten“. Er, Orth, hätte aber nichts dagegen, wenn die Kirchen dies übernehmen wollten: „Ich bin sehr gespannt, ob die Kirchen ein solches Angebot an uns machen.“

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) sah es als ein grundsätzliches Missverständnis an zu meinen, Religionsfreiheit und verfassungsrechtliche Belange seien betroffen. Der religiöse Bereich sei Sache jedes Einzelnen, ob man einer Kirche angehören wolle oder nicht, dafür brauche man die Hilfe des Staates nicht. Der trete aber durch Verträge, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften hinzu. Hier gehöre das Kirchensteuergesetz hin, in dem sich die Bereitschaft des Staates manifestiere, gleichzeitig mit staatlichen Steuern auch Kirchensteuern zu erheben. Die Ministerin: „Deshalb muss derjenige, der aus der Dreierbeziehung Staat, Bürger, Kirche ausscheiden will, dies gegenüber der staatlichen Stelle erklären.“ Das seien die Amtsgerichte, die Erklärung erfolge nur mit Wirkung für den staatlichen Bereich. Also sei nur das Verhältnis zwischen Bürger und Staat betroffen, „mit der Freiheit der Religionswahl oder der Religionsausübung hat das nichts zu tun“.



Nach Thüringen ...

... führte in diesem Jahr die Informationsfahrt der Vereinigung der ehemaligen Landtagsabgeordneten. 92 Mitglieder unterrichteten sich über die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes nach der Wende. Dabei war ein umfangreiches Programm mit Besichtigungen in Erfurt, Weimar, Oberhof und Meiningen zu absolvieren. Politische Gespräche gab es bei den Besuchen in der Staatskanzlei mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin Birgit Diezel und dem Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Dr. Volkhardt Germer, sowie dem Landrat des Kreises Schmalkalden-Meiningen, Ralf Luther. Höhepunkt der Reise war der Empfang im Landtag mit einer Rede der Landtagspräsidentin Professor Dr. Dagmar Schipanski. Zum Abschluss der Reise besuchten die Teilnehmer die Gedenkstätte Buchenwald und legten am Ehrenmal Blumen nieder.

Die Welt zu Gast bei Freunden

Das Parlament lud zum WM-Abend in den Landtag ein

Fotos: Schälte

Torwandschießen in der ehrwürdigen Wandelhalle, überdimensionales Tip-Kick gegenüber dem offiziellen Empfangsraum der Landtagspräsidentin – so etwas macht die Fußball-Weltmeisterschaft möglich. Während an diesem Maiabend Ballack & Co. nur ein paar Kilometer entfernt in der Düsseldorfer LTU-Arena letzte Feinessen für das Sportereignis der Superlative probten, drehte sich im Parlament am Rhein bereits alles um das WM-Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“.

Nach einem langen Plenartag „pfiff“ Landtagspräsidentin Regina van Dinther gemeinsam mit Helmut Otto vom mitveranstaltenden Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) die „dritte“ Halbzeit mit über 700 Gästen an. Alles auch ein Dankeschön an die ehrenamtlichen Funktionäre, Trainer, Betreuer und Helfer, ohne die Fußball in NRW nicht das wäre, was er heute ist.

150 von ihnen waren auf Einladung des Parlaments an den Rhein gekommen, plauderten mit Fußballgrößen wie Toni Schumacher, Siggie Held, Schalke-Präsident Gerd Rehberg, BVB-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke oder DFB-Vize Wolfgang Holzhäuser über T-Frage, die Wade der Nation... Sind wir nicht alle ein bisschen Bundestrainer? Das aber lieber am Stehtisch mit leckerem Getränk – maximal am Kicker. Denn beim Torwandschießen sahen Politiker und Prominente ihren Platz eher in der zweiten Reihe. Auch wenn die „ganz große Koalition“ um Dr. Michael Vesper, Holger Müller, Theo Peschkes und Christof Rasche zumindest in der Theorie Legenden wie Kalle del' Haye, Rolf Rüssmann, Thomas Allofs und Norbert Nigbur durchaus das Wasser reichen konnte. Beim WM-Quiz hatten die Politiker die Nase vorn.

Kapitän und Schiedsrichter in einer Person: Sportreporter Manfred „Manni“ Breuckmann, der sich in der Bürgerhalle den ein oder anderen Kommentar sichtlich verknipt und sich auf die Moderatorenrolle beschränkte. Dass er in dieser Funktion WM-Botschafter Rainer Calmund ausgerechnet auf die Bühne bat, als ein paar Meter weiter die Riesentorte in Form eines Fußballfeldes angeschnitten wurde, nahm der nicht wirklich übel. „Obwohl Kalorienzufuhr hier ja doppelt sinnvoll ist“, hatte Calli die gute Sache hinter der leckeren Nascherei fest im Visier. Wurde doch der Erlös aus Kuchenverkauf gemeinsam mit den Einnahmen aus einem Benefizspiel des FC Landtag zugunsten heimischer Nachwuchskicker verlost: Drei Vereine freuen sich über einen „Landeszuschuss“ von jeweils 800 Euro. Ob das schwergewichtige Leverkusen

sener Original am Ende doch noch ein Stück Rasentorte – oder vielleicht sogar den ein oder anderen Marzipanspieler – bekommen hat, ist nicht überliefert.

Die Welt zu Gast bei Freunden. Das galt an diesem Abend für alle. Und so begrüßte „Spielführerin“ Regina van Dinther ausdrücklich auch Vertreter solcher Nationen, die ansonsten bei der WM 2006 fehlen. Für einen der internationalen Gäste erfüllte sich am Rhein ein lang gehegter Traum: Lord David Triesman, WM-Beauftragter der britischen Regierung und bekennter Fan des Ex-Klinsmann-Clubs Tottenham Hotspurs, traf Altnationalspieler Siggie Held. Worüber die beiden gesprochen haben? Natürlich Wembley! Ob sie sich 40 Jahre danach einig wurden? Darüber schweigen die Diplomaten.

Auf zur WM 2006 – auf nach NRW. Das gilt in diesen Tagen auch für fußballbegeisterte Menschen mit geistiger Behinderung. Zum dritten Mal, so berichtete Organisator Theodor Zühlendorf, findet diese ganz besondere Weltmeisterschaft statt – die Endrunde in diesem Jahr komplett in Nordrhein-Westfalen. Und wenn da so viel Stimmung aufkommt, wie beim Titelsong, präsentiert von Amy Elaine, ist NRW um eine tolle Veranstaltung reicher.

Ein Fußball ist zum Kicken da – oder? Dass es nicht nur Kunst am sondern auch mit dem Ball gibt, zeigte eine Ausstellung des Kunstvereins Gelsenkirchen: Gemeinsam mit der Aktion „fair play – fair life“ haben die Initiatoren Künstler aus ganz NRW eingeladen, aus alten „Pillen“ neue Kunstwerke zu gestalten. Entstanden ist eine beeindruckende Mauer aus leuchtenden Bällen, Ball-Mobiles, solchen aus Federn, Globen.

Besonders beeindruckend: Die Installation „Handmade“ des Ex-Bundesligaprofis Yves Eigenrauch. erinnert sie doch daran, dass die überwiegende Mehrzahl aller Spielbälle in Pakistan von Kinderhänden gefertigt wird. Das muss, das kann nicht sein. Da waren sich Gastgeber und Gäste beim parlamentarischen Abend ei-



Knifflige Quizfragen: Dr. Michael Vesper, Christof Rasche, Holger Müller und Theo Peschkes (v.l.)



Talkrunde (v.l.): Manni Breuckmann, Rainer Calmund, Theodor Zühlendorf, OB Schramma (Köln) und OB Baranowski (Gelsenkirchen)



Die Frage von Wembley: Siggie Held (L) und Lord Triesman

nig. Zumal es fair hergestellte Bälle gibt, die sich mindestens so gut treten lassen wie jeder andere auch. Und zum Autogrammsammeln eignen die sich ebenfalls, konnte nicht nur Landtagspräsidentin Regina van Dinther feststellen, die mit gutem Beispiel voran ging.

vok

Ein Fest – friedlich und erlebnisreich

Viel Einigkeit beim großen Thema „Fußball-Land Nordrhein-Westfalen“

Seltene Einmütigkeit herrschte im Plenum des Landtags, als es um die Fußball-WM 2006 in Nordrhein-Westfalen ging. Es gab zwei Anträge, die von allen vier Fraktionen gemeinsam eingereicht worden waren: „Willkommen im Sport- und Fußball-Land NRW“ (Drs. 14/1565 neu) und „Anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft bekräftigt der Landtag Nordrhein-Westfalen sein Nein zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ (Drs. 14/1994).

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sagte: „Wir in Nordrhein-Westfalen haben das besondere Glück, mit drei Spielorten, 16 Spielen und acht Mannschaftsquartieren in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt zu werden. Wir haben uns intensiv vorbereitet.“ Man wolle beitragen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen sich ihrer Rolle als Gastgeber bewusst seien und NRW als weltoffenes, freundliches, lebens- und lebenswertes Land präsentierten.

Darüber hinaus wolle das Innenministerium, soweit möglich, eine sichere Weltmeisterschaft gewährleisten. Die WM solle in NRW zu einem erlebnisreichen Fest für alle – auch für die einheimische Bevölkerung – werden. „Wir wollen die weltweite Aufmerksamkeit nutzen, um zu zeigen, dass Nordrhein-Westfalen ein herausragendes Sportland ist“, so der Minister weiter. „Insbesondere unsere Vereine vor Ort sollen langfristig von der WM profitieren.“

Gemeinsam mit den WM-Städten habe das Ministerium den offiziellen NRW-Guide zur Fußball-Weltmeisterschaft herausgegeben (siehe Kasten). Auf 124 Seiten finde man dort alle wesentlichen Informationen rund um die Weltmeisterschaft in NRW.

Den Kern bilden die großen, kostenlos zugänglichen FAN-Feste in den WM-Städten. „NRWM – Das Festival!“ sei ein landesweites Open-Air-Festival, das die WM-Spiele auf Großbildleinwänden mit einem hochkarätigen, internationalen Musikprogramm verbindet. 47 Bands und Tanzensembles aus den WM-Teilnehmerländern wurden eingeladen, die an den 25 WM-Spieltagen mehr als 300 Auftritte absolvieren werden. Das Artistik-, Sound- und Lichtevent „Kicks & Balances“ wird an insgesamt 15 Abenden den Spieltag in den Ausrichterstädten spektakulär beschließen. Ein etwas anderes

WM-Erlebnis ist „WM in Concert“ bei den Liveübertragungen des Spiels um Platz 3 und des Endspiels. Stellvertretend für die vielen touristischen Aktivitäten nannte Wolf die „Deutsche Fußball-Route NRW“.

Unter den Slogans: „Wir bringen Farbe ins Spiel“ und „Im Westen treffen sich die Besten“ hat sich die Landesregierung gemeinsam mit den WM-Städten auf Messen, Kongressen und ähnlichen Veranstaltungen präsentiert, erinnerte Wolf. Von der internationalen Filmschule in Köln wurde der WM-Clip mit dem Titel „A time to make friends“ produziert. Dieser Clip wird bei allen „Public Viewings“ als visuelle NRW-Signatur gezeigt.

„Ich habe mit Verantwortlichen anderer Länder, unter anderem mit meinem niederländischen Kollegen, enge Abstimmungen zur Gefahrenlage und Fanszene getroffen. Verbindungsbeamte aus allen WM-Teilnehmerstaaten werden in Neuss gemeinsam mit Polizeibeamtinnen und -beamten aller Länder und des Bundes rund um die Uhr polizeiliche Lagebilder erstellen und an die Polizeibehörden in ganz Deutschland weitergeben“, so Wolf. Er lobte die Fraktionen, die landesweit eine völlige Freigabe des Ladenschlusses an den Werktagen und an den Sonn- und Feiertagen von 14-20 Uhr beschlossen hatten – außer am spielfreien Sonntag, dem 2. Juli.

Andreas Becker (SPD) sah Konsens sogar über den fraktionsübergreifenden Antrag hinaus: „Wir könnten uns sogar auf einen gemeinsamen Antrag einigen, dass wir bei der WM gewinnen.“ Trotz aller gemeinsam beschworenen Freude über die WM hatte Becker aber auch Kritik an den Regierungsfractionen anzumelden: „Sie wollen gleichzeitig die integrative Rol-

le des Sports stärken und die Übungsleiterpausen kürzen. Wie wollen Sie den Menschen die Lücke zwischen Sonntagsreden und Montagshandeln erklären?“ Becker monierte zudem, dass die Schülerinnen und Schüler des Landes nicht freibekommen hätten, um an der Fußballweltmeisterschaft für Menschen mit geistiger Behinderung teilzunehmen. Das sei angesichts der Kampagne nicht zu verstehen, bei der es darum gehe, Sympathie zu erzeugen und die Integration zu fördern sowie bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen.

Peter Preuß (CDU) erläuterte, die Fußball-WM habe über das Ereignis an sich hinaus eine ganz besondere Bedeutung für den Leistungs- und Breitensport, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft. „Wir knüpfen an den friedlich verlaufenden Weltjugendtag an, aber auch an allen unseren positiven Erfahrungen, die das Land mit sportlichen und anderen Großereignissen hat“, so der Abgeordnete. „Es gibt keinen Grund, in NRW irgendeinen Flecken Erde zu meiden.“ Globale Ereignisse des Spitzensports seien der Motor des Breitensports. Der Abgeordnete weiter: „Wenn der Motor läuft, ist er auch in der Lage, Spitzenleistungen zu erzeugen und insbesondere die Jugend zu motivieren. Spitzenleistungen sind die innovative Kraft, die Idole hervorbringt. Jugend braucht sportliche Vorbilder. Deshalb sind solche Ereignisse für uns alle und für eine funktionierende Gesellschaft sehr wichtig.“

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) griff die Bemerkung auf, man könne einen Antrag auf Teilnahme des deutschen Teams am Finale stellen. „Die Gefahr besteht, dass das holländische Parlament einen ähnlichen Beschluss fassen könnte“, scherzte er. „Aber auf das Gewinnen kommt es

ja nicht an. Fan sein heißt, mit Vergnügen leiden können“, zitierte er den Autoren Nick Hornby. Der Fußball, so Vesper weiter, sehe heute anders aus als noch vor Jahrzehnten. „Wäre es 1990 denkbar gewesen, das in der deutschen Mannschaft Gerald Asamoah, David Odonkor oder Oliver Neuville zur Stammelf gehören werden?“ Dass es in fast jeder größeren Stadt des Landes öffentliche Angebote gebe, begrüßte Vesper ausdrücklich. „Weg vom heimischen Fernseher, hin zu Gemeinschaftserlebnis vor Großbildleinwänden.“ Fußball sei nach wie vor Volkssport: „Er führt alle zusammen: Akademiker und Analphabeten, Alte und Junge, Christen und Moslems, Kinderreiche und Kinderlose, sogar Düsseldorf und Kölner und Liberale und Grüne.“

Christof Rasche (FDP) sah das Team von Jürgen Klinsmann vor gewaltigen Herausforderungen und das Land ebenso. Die nordrhein-westfälischen Stadien gehörten zu den modernsten Sportstätten weltweit. Sämtliche Investitionen für die WM seien nachhaltig und nützen NRW langfristig. Der Abgeordnete sagte: „Deutschland und Nordrhein-Westfalen freuen sich, die besten Fußballer der Welt zu Gast zu haben. Wir freuen uns auf interessante und faire Spiele in einer friedlichen und entspannten Atmosphäre.“ Diese WM sei übrigens nur der Auftakt zu einem imposanten und hochklassigen Sportjahr: „Es folgen die Weltreiterspiele in der Reitsport-

metropole Aachen, anschließend die Hockeyweltmeisterschaften im modernsten Hockeystadion in Mönchengladbach, danach die vierte Fußball-WM der Menschen mit Behinderung mit der kompletten Hauptrunde und dem Endspiel in Nordrhein-Westfalen. Auch das Sportjahr 2007 mit der Handballweltmeisterschaft wirft bereits seine Schatten voraus. Auch hier findet das Endspiel in Nordrhein-Westfalen, in der Kölner Arena, statt.“

Dr. Karsten Rudolph (SPD) kam auf einzelne Punkte zu sprechen, „die das Gesamtbild trüben“. Er erwähnte die starken kommerziellen Interessen, die die WM prägten und teilweise im Gegensatz zu den Sicherheitsinteressen stünden. Der Abgeordnete dankte in diesem Zusammenhang den Helfern, ohne die ein solches Großereignis nicht zu bewältigen wäre: Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Bundeswehr und Hilfsorganisationen. Besonderes Augenmerk richtete er auf den Umstand, „dass offensichtlich die Neonazis die internationale Aufmerksamkeit während der Fußball-WM nutzen möchten, um zu provozieren und ihre Gesinnung offensiv zur Schau zu stellen“. Diese Einstellung richte sich gegen alle in einer demokratischen und offenen Gesellschaft. „Wir möchten in Nordrhein-Westfalen ohne Angst, ohne Fremdenfeindlichkeit und ohne Hass leben“, verlangte Rudolph. ■

Informationen im Netz

- Der NRW-Guide erscheint in einer Auflage von 1,3 Millionen teils in deutscher, teils in englischer Sprache. Er enthält alle Informationen rund um die WM in Nordrhein-Westfalen – vom WM-Spielplan, ÖPNV-Fahrplan bis zum Kultur-Rahmenprogramm und touristischen Tipps. Der Guide wird kostenlos verteilt. Infos unter <http://www.im.nrw.de>
- Neues zu den WM-Spielorten, dem Team, zu Veranstaltungen, Übernachtungen und vielem mehr findet man im Internet auf der Seite <http://www.wm2006.nrw.de>
- Für die Einsätze der Polizei anlässlich von Fußballspielen ist der Informationsaustausch zwischen den nationalen und inter-

nationalen Polizeibehörden von besonderer Bedeutung. Wer macht was und was rät die Polizei den Fans? Das steht auf der Internetseite <http://www.polizei-nrw.de/wm2006/Start>

- Speziell zu den WM-Veranstaltungen im Ruhrgebiet findet man Infos unter <http://www.metropolregionruhr.de/>
- Fotos, Tickets, Tabellen, Spielpläne, Videos und Fanartikel gibt es auf der offiziellen Seite <http://www.fifaworldcup.yahoo.com/06/de/>
- Weitere Infos zur WM auch unter: <http://www.eurosport.de/fussball/fifa-wm/2006/>
<http://wm2006.deutschland.de/>



Größer, schöner, sicherer

Blick auf die Fußball-WM-Stadien in Dortmund, Gelsenkirchen und Köln

FIFA WM-Stadion Dortmund

(Signal Iduna Park, ehemals Westfalenstadion)
 Baujahr: 1974, gefolgt von zahlreichen Umbaumaßnahmen
 (Um-)Baukosten: ca. 45,5 Millionen Euro
 WM-Kapazität: 66.000 Plätze
 Zahl der WM-Spiele: 6 (darunter ein Halb- und ein Achtelfinale)
 Heimatverein: Borussia Dortmund
 Internet: www.bvb.de

Das FIFA WM-Stadion Dortmund ist hierzulande vielen besser bekannt als die „Fußball-Oper der Bundesliga“. Mit sagenhaften 1,4 Millionen Zuschauern in der Bundesligasaison 2004/2005 – also im Schnitt über 70.000 pro Spiel – hält

Deutschlands größtes Stadion, das 2005 von Westfalenstadion in „Signal Iduna Park“ umbenannt wurde, den Besucherrekord in Europa. Doch auch was internationale Fußballturniere betrifft, blicken die Dortmunder mit Stolz auf eine lange Tradition ihres Stadions zurück: So wurde das Westfalenstadion bereits zur Fußball-WM 1974 erbaut. Bis heute wurde es ständig erweitert und modernisiert, zuletzt als Vorbereitung auf die jetzige WM. Die Planungsphase für den Bau begann bereits in den frühen 60-er Jahren. Das zunächst bevorzugte Modell einer Erweiterung des alten Dortmunder Stadions, der „Kampfbahn Rote Erde“, wurde 1965 gekippt. Nach der Fertigstellung des Westfalenstadions im Jahre 1974 schwärmte der damalige Bundes-



trainer Helmut Schön: „Dieses Fußball-Stadion wird auf der ganzen Welt nur noch durch das Azteken-Stadion in Mexiko-City übertroffen.“

FIFA WM-Stadion Gelsenkirchen

(VELTINS-Arena, ehemals Arena AufSchalke)
 Baujahr: 2001



(Um-)Baukosten: ca. 191 Millionen Euro
 WM-Kapazität: 53.900 Plätze
 Zahl der WM-Spiele: 5 (darunter ein Viertelfinale)
 Heimatverein: FC Schalke 04
 Internet: www.veltins-arena.de

Die Arena ist zweifellos ein Stadion der Superlative. Allein schon aufgrund seiner technischen Ausstattung wie herausfahrbarem Rasen, verschleißbarem Dach, elektronischer Zugangskontrolle, riesigem Videowürfel und einer beweglichen Tribüne zählt die Multifunktionsarena zu den modernsten Stadien der Welt. Seit der Eröffnung im Jahre 2001 wurde es immer wieder mit Lob überhäuft: Begeisterung

bei FIFA-Präsident Joseph S. Blatter, der auf der Eröffnungsfeier urteilte: „So ein Stadion hat die Welt noch nicht gesehen. Dieses Stadion ist ein Pilotprojekt für die ganze Welt.“ Und auch der europäische Fußballverband UEFA stufte die Arena in seine höchste zu vergebende Kategorie als „Fünf-Sterne-Stadion“ ein. In der Begründung heißt es: „Der Veranstaltungsort wird den Anforderungen mehr als gerecht und könnte sogar als ‚Sechs-Sterne-Stadion‘ bewertet werden.“ Dass die Begeisterung für die Arena nicht nur auf Expertenseite hoch ist, verrät ein Blick auf die Zuschauerzahlen: Über acht Millionen Menschen besuchten bis Anfang 2005 die rund 150 Veranstaltungen in der Arena seit ihrer Eröffnung.

FIFA WM-Stadion Köln

(RheinEnergie Stadion, ehemals Müngersdorfer Stadion)
 Baujahr: 2004
 (Um-)Baukosten: ca. 119,5 Millionen Euro
 WM-Kapazität: 44.700 Plätze
 Zahl der WM-Spiele: 5 (darunter ein Achtelfinale)
 Heimatverein: 1. FC Köln
 Internet: www.stadion-koeln.de

Auf dem Gelände des legendären Müngersdorfer Stadions gebaut, wurde das RheinEnergie Stadion am 31. März 2004 mit dem Länderspiel Deutschland gegen Belgien eröffnet. Deutschland gewann damals 3:0. Hoffentlich ein gutes

Omen für das Abschneiden des deutschen Teams bei der WM, obwohl weder die Nationalelf ein Spiel in Köln bestreiten wird noch Belgien an der WM teilnimmt. Für die Kölner bedeutet die Auswahl ihrer Heimatstadt als WM-Spielort sicherlich eine späte Wiedergutmachung dafür, dass Köln bei der Fußball-WM 1974 leer ausgegangen war. Der Umbau des alten Müngersdorfer Stadions dauerte zwei Jahre und erfolgte bei laufendem Spielbetrieb. Dabei wurden nacheinander alle vier Tribünen abgerissen und wieder neu aufgebaut. Gegenüber dem alten Stadion mit seiner Leichtathletik-Bahn hat das neue Stadion wesentlich an Atmosphäre gewonnen. Und wer eine wirkliche „rheinische Frohnatur“ ist, der lässt sich die Fußballbegeisterung auch



nicht dadurch vermiesen, dass die Saison des Heimatvereins 1. FC Köln mit dem Abstieg in die 2. Bundesliga endete.

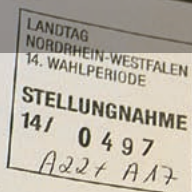
ax

„Die Ressourcen sind endlich!“

Experten diskutieren über künftige Versorgung mit Öl und Gas

Im vergangenen Herbst hat der Landtag eine Enquetekommission (EK I) eingesetzt, die die Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW untersuchen soll. Im ersten Teil ihres Arbeitsprogramms befasst sich die EK I mit der Angebots- und Nachfrageentwicklungen auf dem Öl- und Gasmarkt. Anfang Juni fand vor diesem Hintergrund im Landtag eine öffentliche Anhörung der Enquetekommission (Vorsitz Reiner Priggen, GRÜNE) zum Thema „Öl- beziehungsweise Gasreserven und -ressourcen sowie deren Verfügbarkeit, Kapazitäten, Engpässe und Restriktionen auf den Weltenergiemärkten“ statt.

Stellungnahme



zum
Fragenkatalog für die Anhörung der Enquetekommission I
(„Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und
Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und
Verbraucher in NRW“)

9. Juni 2006

im

Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Foto: Schälte

Es wurden Experten aus der Industrie, von Beratungsunternehmen und der Finanzwirtschaft geladen, die detaillierte Fragen zum Thema beantworteten. Im Vorfeld hatten diese Experten einen ausführlichen Fragenkatalog erhalten und bearbeitet.

Inhaltlicher Schwerpunkt der ganztägigen Diskussion war die Frage nach der Menge und zukünftigen Verfügbarkeit von Erdöl und Erdgas. Dabei standen sich zwei Sichtweisen gegenüber, die geologische und die ökonomische. Die geologische Sichtweise geht davon aus, dass in der Erdkruste eine gewisse Menge an Öl und Gas vorhanden ist, die sich durch die fortgesetzte Förderung stetig erschöpft. Innerhalb der nächsten zehn Jahre ist nach dieser Vorstellung die Hälfte des vorhandenen konventionellen Erdöls gefördert, was sich dramatisch auf die

Preise auswirke. Dr. Werner Zittel (Ludwig Bölkow Systemtechnik) betonte: „Die baldige Erschöpfung der erschließbaren Öl- und Gaslagerstätten deutet sich auf vielfache Weise an, zum Beispiel nimmt die Summe der weltweit jährlich insgesamt neu gefundenen Öl- und Gasmengen stetig ab. Wo nichts ist, gibt es auch nichts zu finden.“

Die ökonomische Sichtweise hingegen beruht auf der Vorstellung, dass bei steigenden Öl- und Gaspreisen weitere Ressourcen erschlossen werden, die bisher nicht wirtschaftlich sind. Durch eine Verbesserung der Fördertechnik seien hier noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Wenn der Preis aufgrund der Knappheit und des steigenden Bedarfs hoch genug sei, würden die Firmen auch wieder in die Suche und Ausweitung der Fördertechnik investie-

ren. Dadurch werde noch länger genügend Öl im Markt sein, die Preise würden mittelfristig sinken. Die Erhöhung der weltweiten Nachfrage sei daher auch kein Problem. „Es wird mehr Öl auf den Markt kommen, solange die Menschheit bereit ist, einen höheren Preis zu bezahlen“, meinte Christoph Rühl von der Deutschen BP. Außerdem seien die Reserven größer als angenommen. „Seit Jahrzehnten nehmen die Reserverbestände für Rohöl beständig zu mit einer rechnerischen Reichweite von fast 50 Jahren“, erklärte Burkhard Grundmeier vom Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung.

ALTERNATIVE

Alle Experten waren sich aber einig, dass die Ressourcen Erdöl und Erdgas endlich sind und man sich auf neue Energieträger und Technologien einstellen muss. Wann allerdings der Zeitpunkt eintritt, an dem man verstärkt nach Alternativen zu Öl und Gas suchen muss, darüber gingen die Meinungen auseinander. Steigende Preise förderten die Wettbewerbsfähigkeit alternativer Energien, meinte Dr. Josef Auer (Deutsche Bank Research): „Bei einem dauerhaften Ölpreis von 100 US-Dollar pro Barrel, den ich für 2020 als realistisch einschätze, wären Bio-kraftstoffe auch in Deutschland bereits wettbewerbsfähig – selbst mit heutiger Technologie und völlig ohne Subventionen“.

Die Nachfrage nach Erdöl und Erdgas wird nach Meinung aller Experten in Zukunft weiter wachsen. Die Internationale Energieagentur (IEA) wie auch die großen Öl- und Gasproduzenten erwarten in den nächsten 25 Jahren eine deutliche Zunahme der Nachfrage nach Öl und Gas. Wachstumsschwerpunkte seien China und andere asiatische Schwellenländer wie Indien, aber auch entwickelte Volkswirtschaften wie die USA. Ob das zukünftige Gas- und Ölangebot genug ausgeweitet werden kann, um die Nachfrage zu befriedigen, war unter den Experten jedoch umstritten. Einigkeit bestand, dass die Beschaffung von Erdöl und Erdgas aus Regionen mit politischer Instabilität immer auch Gefahren beziehungsweise Unvorhersehbarkeiten berge, deren Auswirkungen auf den Markt schwer abschätzbar seien. AZ

Die ausführlichen Stellungnahmen der eingeladenen Experten sowie der Fragenkatalog für die Anhörung können von den Seiten der Enquetekommission I auf der Homepage des Landtages (www.landtag.nrw.de) im Bereich Parlament/Enquetekommissionen/Enquetekommission I herunter geladen werden.

Vorbild England

Familienzentren stellen neue Anforderungen auch an das Personal

Familienzentren sind grundsätzlich eine gute Sache – das fanden die Experten, die auf Einladung des Ausschusses für Generationen, Familien und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) zur Anhörung in den Plenarsaal des Landtags gekommen waren. Es gab dennoch zahlreiche Verbesserungsvorschläge und Änderungswünsche – vom Namen angefangen über die Erzieherausbildung bis zur Finanzierung der Familienzentren.

Viel Zeit bei der Anhörung nahm die Diskussion der finanziellen Ausstattung ein. Die Landesregierung hat im Haushalt 500.000 Euro für die Weiterentwicklung der Kinder-Tageseinrichtungen (Kita) zu Familienzentren eingeplant. Professor Dr. Stefan Sell, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialmanagement der Fachhochschule Koblenz, konnte nicht erkennen, wie die ambitionierten Ziele mit den ausgewiesenen finanziellen Mitteln realisiert werden könnten. Sinnvoll sei eine Beteiligung, die deutlich darüber hinausgehen würde. Schon die Qualifizierung und Professionalisierung der Leitungskräfte koste viel Geld. Sell stellte fest: „Die Kitas sollen sich nach unten zu den unter Dreijährigen öffnen, nach oben zu den Grundschulen und jetzt auch noch nach außen. Ich sehe die Gefahr der Umetikettierung: Es werden einfach zwei Angebote mehr gemacht und dann darf man sich Familienzentrum nennen.“

Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkinderkärten erinnerte daran, dass seit 1999 mehr als 13.000 Stellen für Erzieher/innen abgebaut worden seien und betonte die Notwendigkeit einer verlässlichen Förderung durch Landesmittel. Regina Solbach (Sozialpädagogisches Institut) fragte: „Wie wird das notwendige Coaching finanziert?“ Und Ka-

thrin Bock-Famulla von der Bertelsmann-Stiftung kritisierte die Pro-Kopf-Pauschale: „Das ist ein radikaler Wechsel weg von der Gruppenzuweisung und fördert das Wettbewerbsklima zwischen den Einrichtungen“, sagte sie.

Martina Peil von ver.di (Landesbezirk NRW) sagte, die Grenzen der Belastbarkeit seien beim Betreuungspersonal der Kitas überschritten. Sprach- und Bewegungsförderung sei heute ebenso Aufgabe der Erzieher geworden wie Schneeschippen, Kochen und die Integration behinderter Kinder – das alles ohne Ausgleich. „Ich fürchte, dass die Familienzentren lediglich eine Mogelpackung werden.“

Die fachliche Anpassung der Erzieher/innenausbildung war ebenso ein großes Thema. Wenn schon die Erzieher Defizite in der Sprachkompetenz hätten, wie sollten sie diese dann den Kinder beibringen? Das fragte Marimar del Monte vom Kinderhaus Essen-Mitte. Ein höheres Niveau und „neue Module“ für die Erzieher/innenausbildung forderte auch Dr. Mathias Schilling vom Deutschen Jugendinstitut NRW. Vorbild für viele Experten waren die englischen „Children centers“ (Infos im Internet unter www.surestart.gov.uk).

Unterschiedlicher Meinung waren die Experten bei der Frage, ob es aus ökonomischen Gründen sinnvoll sei, erst einmal Familienzen-

tren in schwierigen Sozialräumen zu etablieren oder ob dies eine „Diskriminierung“ sei. Schließlich, so Dr. Petra Freynik vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, könnten Probleme nicht nur auf Eltern mit mangelnder Erziehungskompetenz prallen.

Ein weiteres Thema war die Zusammenarbeit der Familienzentren mit Angeboten der Familienberatung, Familienbildung und Tagesmutterprojekten. Es müsse weiter möglich sein, Angebote in anderen Kontexten wahrnehmen zu können, betonte Sybille Stöbe-Blossey vom Institut Arbeit und Technik, „für Eltern, die – aus welchen Gründen auch immer – anonym bleiben wollen.“

Der Landesverband Kindertagespflege fürchtete die Zerschlagung funktionierender Strukturen: „Wir beobachten, dass die Kindertagespflege von einigen Kommunen als Arbeitsfeld entdeckt wird und die Tendenz besteht, sie wieder beim örtlichen Jugendamt anzusiedeln“, so Inge Losch-Engler. „Die Qualität der Fachdienste freier Träger muss erhalten bleiben und darf nicht von den Familienzentren vereinahmt werden.“ Für die Vermittlung von Tagesmüttern hätten die Kitas sowieso keine Zeit und keine Kompetenz, pflichtete Marimar del Monte bei.

Dieter Greese vom Deutschen Kinderschutzbund (Landesverband NRW) kritisierte sogar den Namen. Das Wort Familienzentrum sei ideologisch verkürzt. Besser sei „Eltern-Kinder-Zentren“, zur Not auch „Kinder- und Familienzentren“. Der Kinderschutzbund wünschte sich außerdem, dass die Angebote der Familienzentren nicht mit Eintritt in die Grundschule aufhörten. Lern-, Bildungs- und Freizeitangebote müsse es auch für die Sechs- bis Achtzehnjährigen geben.

DD



Das Arbeitsprogramm ...

... der Parlamentarischen Gruppe Bahn des Landtags von Nordrhein-Westfalen für das zweite Halbjahr 2006 bereiten sie vor: Vorsitzender Gerhard Lorth (CDU, unten Mitte), links daneben der stellvertretende Vorsitzende Reinhard Jung (SPD) und rechts im Bild Geschäftsführer Harald Holter. Hintere Reihe von links die Vorstandsmitglieder Oliver Keymis (GRÜNE), Christof Rasche (FDP) und Wolfgang Abbrock (CDU).

Foto: Schälte

Ein wenig frischer sollte es schon sein: Der Blick auf das Etikett mit dem Haltbarkeitsdatum ist eine wichtige Informationsmöglichkeit – für Verbraucher und Lebensmittelkontrolleure. Die können auch noch überprüfen, ob die Angaben stimmen.

Foto: Schälte

Mehr Transparenz gefordert

Fleischskandale verstärken auch den Ruf nach härteren Strafen

Über langfristige Konsequenzen aus Fleischskandalen diskutierte der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Unter dem Motto „Verbraucherschutz stärken! Was folgt aus dem bundesweiten Fleischskandalen für Nordrhein-Westfalen?“ hatten die Mitglieder Experten geladen, um Fragen zu staatlichen Kontrollmaßnahmen, zur Strafverfolgung sowie zur Transparenz der Branche zu klären.

Das der Fleischmarkt weitgehend von einem Preiskampf bestimmt wird, bestätigte gleich zu Beginn der Anhörung Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Ausländische Arbeitskräfte arbeiteten unter den unglaublichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sagte er. Drei bis vier Euro pro Stunde bei bis zu 18 Stunden Arbeitszeit täglich seien keine Seltenheit. „Nach unserer Einschätzung sinkt der Qualitäts- und Hygienestandard erheblich.“ Inländische Arbeitskräfte würden dadurch verdrängt. Ausländischen Kräften aber seien oft nicht einmal die simpelsten Hygienevorschriften vertraut. Er forderte eine Fremdbeschäftigungsquote von fünf Prozent und Mindestlöhne, um das Problem des Lohn- und Qualitätsdumpings durch Leiharbeitsfirmen in den Griff zu bekommen.

Rainer Weidmann vom Verband der Fleischwirtschaft wehrte sich gegen die Vorwürfe. „Es sind jede Menge Arbeitsplätze in diesem Bereich frei, die Arbeit ist den Deutschen zu hart“, entgegnete er. „Man findet niemanden, es gibt keine Metzger mehr.“

Widerspruch kam prompt von Dirk Haerten (Fleischerverband NRW): „Wir wissen, dass eine ganze Reihe von gut ausgebildeten Fachkräften durch diese Praktiken in der Schlachtindustrie arbeitslos geworden sind.“ Die Ausbildungsbereitschaft tendiere gegen Null.

Professor Dr. Achim Stiebing von der Fachhochschule Lippe und Höxter verwahrte sich gegen die Behauptung, ausländische Arbeitnehmer seien schlechtere Arbeitnehmer: „Die Frage

ist doch: Wie sind sie geschult und eingearbeitet? Da ist die Lebensmittelüberwachung gefordert. Wir haben Bedarf an gutem Nachwuchs, den können wir nicht aus Deutschland decken.“ Stiebing pflichtete auch Konrad Etteler, dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, bei. Der hatte gesagt, Ziel müsse die risikoorientierte Probe-Entnahme sein, nicht die kontinuierliche Kontrolle. Es mache keinen Sinn, einen sehr guten Betrieb sehr oft zu kontrollieren. Betriebe, die in der unteren Liga spielten, müssten mehr kontrolliert werden, Betriebe mit eigenem Qualitätsmanagement entlastet werden.

ABSCHRECKUNG

Markus Dietrich (Gewerkschaft NGG) forderte härtere Strafen für schwarze Schafe. Erst über hohe Strafandrohungen, die zum Entzug der Zulassungsgenehmigung führen könnten und neben Bußgeldern auch die Abschöpfung illegal erworbener Gewinne vorsähen, ließe sich abschreckende Wirkung erzielen, hatte er schon in seiner schriftlichen Stellungnahme formuliert. Schaden entstehe auch für die Öffentlichkeit, weil NRW keinen Informantenschutz habe.

Härtere Strafen forderte ebenfalls Matthias Wolfschmidt von der Organisation Foodwatch: „Lügen und Betrügen muss teurer sein, als korrekt zu arbeiten. Wir brauchen das betriebswirtschaftliche Element in der Sanktion.“ Wer auffliege, zahle das lächelnd aus der Portokasse. „Wir haben ein Anrecht darauf zu erfahren, was

leisten denn eigentlich die Kontrolleure und was die Betriebe?“ Er verwies auf Dänemark, dort seien die Kontrollergebnisse aller Verkaufs- und Herstellerbetriebe im Internet zu sehen.

Protest kam umgehend von Professor Stiebing: „Wir hatten schon Verdachtsfälle, die sich als unbegründet erwiesen haben. Alles so transparent wie möglich zu machen, überfordert den Verbraucher. Wir brauchen auch einen Herstellerschutz.“

Was also ist zu tun, fragten die Ausschussmitglieder. „Dem europäischen Recht Geltung in allen Mitgliedstaaten verschaffen“, forderte Dr. Norbert Schulze-Schleithoff (Landesverband der beamteten Tierärzte). „Eine sachgerechte Information des Verbrauchers“, wünschte sich Dirk Haerten. „Basisarbeit – in der Schule, in den Lehrplänen muss mehr über Lebensmittel gelehrt werden“, sagte Stiebing. „Datenaustausch und Ausschöpfung des Strafrahmens“, schrieb Helmfried Meinel von der Verbraucherzentrale NRW auf die Wunschliste und fügte hinzu: „Die Verbraucher müssen in der Lage sein zu sehen, aus welcher Quelle das Fleisch stammt.“

Matthias Brümmer (NGG) präzisierte, man unterstütze voll und ganz die Staatsanwaltschaft Oldenburg. Diese hatte eine von Kommunen unabhängige Prüfgruppe gefordert und empfohlen, firmenfremde Subunternehmer in der Schlachtung und der Zerlegung vollständig zu untersagen. Matthias Wolfschmidt (Foodwatch) rief den Ausschussmitgliedern zu: „Sorgen Sie dafür, dass die kommunale Zuständigkeit aufgehoben wird und zum Land geht!“ DD

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist nach der Sommerpause am 28. August 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

500 Künstlerinnen und Künstler aus dem Baltikum sind in über 150 Veranstaltungen aus den Sparten Musik, Jazz, Literatur, Film, Tanz und Theater in den kommenden Monaten im Rahmen des Kulturfestivals „scene: estland, lettland, litauen in nrw“ zu Gast an Rhein und Ruhr. Kulturstatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff gab dem **Kulturausschuss** (Vorsitz Fritz Behrens, SPD) einen Überblick über das geplante Programm. Die Landesregierung nutzt die Kulturhoheit der Bundesländer für eine direkte Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn. Das „scene“-Programm sei ein wichtiger Baustein in der internationalen Kulturpolitik des Landes, so der Staatssekretär.

+++

Über das Projekt „Momentum“ des Deutschen Forschungszentrums für Leistungssport informierte sich der **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) Ende Mai in einer auswärtigen Sitzung in der Deutschen Sporthochschule Köln. Es handelt sich dabei um ein in der Bundesrepublik einmaliges Programm zur Förderung der Leistungs- und Spitzensportler insbesondere der Nachwuchsleistungssportler. Neben der grundlagenorientierten Forschung sollen aufbauend auf den jahrelangen Erfahrungen der verschiedenen beteiligten Hochschulinstitute talentierte Leistungssportler und Leistungssportlerinnen aus NRW im Hinblick auf die nächsten Olympiaden in Peking, Vancouver und London individuell und optimal beraten und betreut werden. Eine weitere Aufgabe besteht in der gezielten Fort- und Weiterbildung der Nachwuchs- und Spitzentrainer.

Die Sanierung der JVA Düsseldorf (Ulmer Höh) kann einen Neubau nicht ersetzen. Das machte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) deutlich. Die Sanierung des Altbaus war kurzfristig notwendig geworden, nachdem Mitarbeiter Ende Mai Risse in der Decke des Blocks C entdeckt hatten. Auch wenn zu keinem Zeitpunkt Einsturzgefahr bestanden habe, müssten die Schäden behoben werden. Für 150 Gefangene bedeutet das Umziehen. 90 wurden auf andere Gefängnisse, 60 in Düsseldorf auf andere Zellen verteilt: Gemeinschaftsunterbringung. Eine Räumung des betroffenen Blocks sei unvermeidbar gewesen, so die Ministerin. „Es musste eingerüstet werden.“ Keine Auskunft kann-



Illustration: Peter Flock

ten die Experten des Justizministeriums zu Kosten und der genauen Dauer der Arbeiten machen. Um die nun entstehenden Doppelkosten – Sanierung und anschließender Neubau – komme man nicht herum. Offen blieb, wer die Rechnung zu zahlen hat.

+++

Das Umweltministerium NRW hat jetzt das neue Online-Informationssystem „NRW Umweltdaten vor Ort“ dem **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) vorgestellt. Unter der Internetadresse www.uvo.nrw.de erhalten Bürgerinnen und Bürger die aktuellen Umweltdaten zu sämtlichen Orten in NRW. Wer beispielsweise wissen möchte, wie hoch die Ozon- oder Feinstaubbelastung am eigenen Wohnort ist, kann sich unter der genannten Adresse über die aktuellen Messwerte informieren. „Wir werden das Themenangebot

ständig weiterentwickeln und ergänzen, um der Öffentlichkeit auch in Zukunft ein informatives und attraktives Informationsangebot zu präsentieren“, versicherte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU).

+++

Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG Aktiengesellschaft, ist für den 23. August in den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU) eingeladen. Grund der Aussprache mit den Abgeordneten ist der geplante Börsengang des Essener Großkonzerns. Im Herbst dieses Jahres, so die Planung, soll der Industriekonzern mit den Sparten Energie, Chemie und Immobilien einen neuen Namen und Markenauftritt erhalten. Im 2. Quartal 2007 soll die Aktie dann erstmals notiert werden.

+++

Die Feinstaubbelastung von Bürgern, die in der Nähe eines der Tagebaue im rheinischen Braunkohlenrevier wohnen, beschäftigte jetzt den **Unterausschuss „Bergbau-sicherheit“** (Vorsitz Josef Hovenjürgen, CDU). Dazu besuchte er den Tagebau Hambach im Kreis Düren. Neben Vertretern

der RWE Power AG waren auch Vertreter des BUND und der besonders betroffenen Gemeinde Niederzier eingeladen, um die Thematik sowohl aus der Verursacher- als auch aus der Betroffenen-Perspektive beleuchten zu können. Der Ausschuss informierte sich über den Aktionsplan, den die Bezirksregierung Köln für die Ortschaft Niederzier veranlasst hat. Darin wurden konkrete Maßnahmen zur Verminderung der Feinstaubbelastung entwickelt und umgesetzt. Hierzu zählen unter anderem das Feuchthalten der Kohle durch die Optimierung der Beregnerdüsen, die Installation von Fahrzeugwaschanlagen oder die Reinigung der Kohlebeförderungsbänder. Der Einsatz einer neu in Betrieb genommenen Feinstnebelkanone im Bereich des Kohlebunkers wurde von den Ausschussmitgliedern in Augenschein genommen. Der Unterausschuss hat sich vorgenommen, die Wirksamkeit der Maßnahmen mit Pilotcharakter für die übrigen Tagebaue weiter zu beobachten.

Aufklärung statt Auflagen

Experten unterstreichen den Wert vorbeugender Prüfungen

Die mangelnde Standsicherheit öffentlicher Gebäude gab im vergangenen Winter Anlass zur Sorge und brachte die Frage nach häufigeren Prüfungen auf den Tisch. Die Landesbauordnung legt fest: „Jede bauliche Anlage ist so instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird.“ Wie genau dieses Ziel erreicht werden kann, beschäftigte den Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) in einer Anhörung.

Die Werterhaltung eines Gebäudes liegt naturgemäß im Interesse des Eigentümers“, fand Hans-Ulrich Ruf von der Architektenkammer NRW. „Die Bauordnung schreibt eindeutig fest, dass der Besitzer für die Sicherheit von Personen die Verantwortung trägt. Zusätzlicher gesetzlicher Richtlinien bedarf es nicht.“

Als Leitfaden für die Eigentümer hat die Ingenieurkammer-Bau eine Checkliste erstellt. Dort sind die Aufgaben des Prüfers wie die Sichtkontrolle auch schwer zugänglicher Konstruktionsteile mit tragender Funktion und die Warnzeichen wie Rissbildung und Durchfeuchtung aufgeführt. „Wir empfehlen außerdem die Erstellung eines Bauwerksbuches“, so Peter Dübber von der Ingenieurkammer-Bau NRW. In diesem Dokument werden sämtliche Daten und Lasten mit allen Änderungen und Instandsetzungen sowie den Ergebnissen der Prüfungen erfasst. „Anstelle von neuen Vorschriften setzen wir auf Aufklärung. Seit den Einstürzen im vergangenen Winter verzeichnet die Ingenieurkammer einen Anstieg der Prüfaufträge. Das beweist, dass das Gefahrenbewusstsein gewachsen ist.“ Seine konkrete Forderung an die Politik: Nach der Fertigstellung eines Bauwerks sollten jährlich ein bis zwei Prozent des Gesamtpreises als Instandhaltungsrücklage vorgehalten werden.

„Bereits in der Planungsphase müssen die Voraussetzungen für die späteren Sicherheitsprüfungen geschaffen werden“, meinte auch Jörg Erdmann von der Landesvereinigung der Prüfingenieure für Baustatik. Als Beispiel dient ihm die Rheinkniebrücke neben dem Land-

tagsgebäude. „Man kann schließlich auch keine Brücke bauen, ohne sie mit Einstiegsöffnungen für die Prüfung zu versehen.“

„Zehn bis 20 Prozent der Sonderbauten wie Turnhallen wird von uns in die Hochrisikoklasse eingestuft“, informierte Wolfram Oppermann vom TÜV Rheinland den Ausschuss. „Bei vier bis fünf Prozent würde eine Prüfpflicht zur sofortigen Schließung führen.“ Deswegen wünschte er sich ein Verfahren zur Früherkennung. Denn je eher ein Problem erkannt werde, desto kostengünstiger sei es zu beheben. Ähnlich sah das Michael Höllrigl von den baugewerblichen Verbänden: „Eine Sichtprüfung kostet nicht viel Geld, bringt aber schon sehr viel.“

RAUCHMELDER

Gefahr droht Menschen in Gebäuden neben dem Einsturzrisiko auch durch Brandgefahr. Um die Sicherheit in privaten Haushalten drehen sich der Antrag der Grünen „Rauchwarnmelder-Bonus in der Gebäudeversicherung“ (Drs. 14/1026) sowie der Entschließungsantrag von CDU und FDP „Sicherheit privater Haushalte steigern – freiwillige Initiative durch Überzeugung aller wohnungswirtschaftlichen Akteure fördern“ (Drs. 14/1081). Beide setzen in erster Linie auf Information durch Kampagnen wie die bereits bestehende Aktion „Rauchmelder retten Leben“ der Landesregierung.

Eine Pflicht zum Einbau sah die Mehrheit der Sachverständigen eher kritisch. Das Hauptargument dagegen war die Frage der Überprüfbarkeit, die zu einem immensen Bürokratieaufwand führe. Besser sei, umfassend zu informieren und auf die Eigenverantwortung zu setzen. Anders sah das allerdings die Feuerwehr. „Nur mit einem Gesetz ist eine annähernd zufrieden stellende Ausrüstungsquote erreichbar“, warb Jochen Stein von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in NRW für einen Paragraphen. Nur so erreiche man auch die besonders gefährdeten Personengruppen wie besonders alte oder junge Menschen sowie sozial Schwache.

Rückendeckung bekam Stein von Bernhard von Grünberg vom Deutschen Mieterbund. „Im Ausland hat man mit einer gesetzlichen Verpflichtung gute Erfahrungen gemacht. Es geht hier schließlich um Leben!“ Als Negativbeispiel zog von Grünberg die Brandkatastrophe in einem überbevölkerten Pariser Mietshaus heran. Dort hatten viele Einwanderer auf engstem Raum zusammen gelebt, von denen einige im Feuer umgekommen waren. Dies habe gezeigt, was passieren könne, wenn über die Gefahren der dramatischen Lebensbedingungen von Randgruppen hinweggesehen werde, meinte der Mietervertreter. Rauchmelder könnten viel bewirken.

YV

Vor der Öffentlichkeit...

...informiert der Landesrechnungshof NRW (LRH) zuerst das Parlament. Diesmal überreichte LRH-Präsidentin Ute Scholle (r.) den Jahresbericht 2006 an Landtagspräsidentin Regina van Dinter (l.). Das rund 400-seitige Werk befasst sich mit der Landeshaushaltsrechnung 2004 und listet die geprüften bedeutenden Fälle auf, denen im vergangenen Jahr der LRH des Landes und die nachgeordneten Stellen nachgegangen sind. Die Rechnungsprüfer nutzen dabei auch die Gelegenheit, auf Schuldenstand und Finanzgebaren des Landes einzugehen und dazu aus ihrer Sicht kritische Anmerkungen und Vorschläge zu machen.

Foto: Schälte



CDU

Mehrwert Europas stärker im Alltag der Menschen erfahrbar machen

Wir müssen den Mehrwert des europäischen Einigungsprozesses und die Vorteile europäischer Politik stärker im Alltag der Menschen vor Ort erfahrbar machen“, so Ilka Keller (Bild), europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, anlässlich der aktuellen Debatte um die Zukunft des europäischen Verfassungsvertrags und die zukünftige inhaltliche Ausgestaltung des europäischen Projekts. Nur wenn es gelinge, Europapolitik bürgernah und effektiv zu gestalten, könne das Projekt der europäischen Integration, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum heutigen Tage ein Garant für Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit sei, zukunftsfest ausgestaltet werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine europäische Debatte notwendig, die das Subsidiaritätsprinzip europäischer Politik und die Frage der zukünftigen Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union in den Mittelpunkt stelle. Keller: „Nur ein Europa, das sich auf seine Kernaufgaben besinnt und seine Grenzen kennt, kann seine Identität wahren. Die Koalition der Erneuerung wird hierzu auch weiterhin einen aktiven Beitrag leisten. Das jüngste Beispiel der Neugestaltung der europäischen Strukturpolitik für Nordrhein-Westfalen ist hierfür ein lebendiger Beweis: Wir gestalten Europapolitik für alle Bürger dieses Landes effektiv, praxisnah und alltagstauglich.“ ■



GRÜNE

Politischer Austausch mit Fritz Kuhn

Fritz Kuhn, Vorsitzender der Grünen Bundestagsfraktion, war am 13. Juni Gast in der Fraktionssitzung der Grünen. Zwischen den Landtagsabgeordneten und Kuhn gab es einen regen Austausch, insbesondere über den sowohl in NRW als auch im Bund erlebten Rollenwechsel von einer Regierungs- zur Oppositionsfraktion.



Kuhn sagte, dass die Grünen im Bund einen ihrer Schwerpunkte im Bereich der ökologischen Erneuerung und der Ressourcenökonomie legen müssten. Ein weiterer Schwerpunkt sei das Thema der sozialen Integration. Dieses Feld betreffe Bildung, Migration ebenso wie Frauen- und Kinderpolitik sowie die demographische Entwicklung. Es gelte, die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen zu verhindern und abzubauen.

Die Grünen wollen die Globalisierung gerecht gestalten. Für die Ängste und Unsicherheiten der Menschen müssen überzeugende Antworten gefunden werden, betonte Kuhn. Heftig kritisierten Kuhn und die Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Sylvia Löhrmann, die geplante Föderalismusreform, da der Bund aus Bildungsfragen komplett ausgegrenzt werden solle. Mit dem Reform-Entwurf drohe der „systematische Weg in die Kleinstaaterei“ bei der Bildung. Auch die ausgiebigen Möglichkeiten der Länder, von der Umweltgesetzgebung des Bundes abzuweichen, kritisierten Kuhn und Löhrmann. ■

SPD

Hannelore Kraft: Solidarpakt Ost muss umgebaut werden

EDer Dresdner Finanzwissenschaftler Helmut Seitz hat in einer neuen Studie ermittelt, dass jeder zweite Euro der Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland zweckentfremdet eingesetzt wird. Diese Untersuchung zum Aufbau Ost unterstreicht noch einmal das, was ich bereits vor Wochen angemahnt habe. Die Solidarität in Westdeutschland für den Osten wird massiv gefährdet, wenn wir im Rahmen des Solidarpakts nicht zu einer Neuausrichtung der Förderung kommen. Bedürftigkeit statt Himmelsrichtung muss die neue Richtschnur sein – in Ost und West.

Die Landesregierung hat dem Landtag in einer Anfrage mitgeteilt, dass die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen von 1996 bis 2005 mindestens 7,1 Milliarden Euro an unmittelbar zuzuordnenden Solidarbeiträgen aufgebracht haben.

Etliche hoch verschuldete Kommunen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, können ihre Beiträge für den Solidarpakt Ost aber nur noch über neue Kredite bezahlen. Es kann doch nicht sein, dass Städte und Gemeinden in NRW, die arm wie die Kirchenmäuse sind, unter hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Steuereinnahmen leiden, ostdeutsche Städte wie Dresden unterstützen müssen, die zukünftig praktisch schuldenfrei sind. Wenn wir die weiterhin notwendige Solidarität West für Ostdeutschland erhalten wollen, darf man den Bogen nicht überspannen. Wir brauchen eine bundesweite Neubestimmung der Förderkriterien, die sich für alle Kommunen in West und Ost nach Kennziffern wie Verschuldungsgrad, Arbeitslosenquote oder Steuerkraft richten muss. ■

FDP

FDP-Fraktion feiert ersten Geburtstag des neuen NRW

Am 22. Mai hatte die FDP-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesverband in die Rheinterrassen in Düsseldorf geladen, um den Jahrestag des politischen Wechsels in NRW zu feiern. Rund 200 Gäste folgten der Einladung, darunter Wirtschaftsministerin Christa Thoben, CDU-Fraktionsvorsitzender Helmut Stahl und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der sich ausdrücklich für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Koalitionsparteien bedankte.



Die FDP-Fraktion nutzte den Jahrestag, um ein Resümee der bisherigen Arbeit zu ziehen. Das erste Jahr der schwarz-gelben Koalition sei positiv verlaufen, erklärte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke. Insbesondere den geglückten Neuanfang in der Finanzpolitik des Landes hob er lobend hervor. Er betonte jedoch, dass das Reformtempo vor allem bei Privatisierung und Bürokratieabbau weiter erhöht werden müsse. „Der Beschluss der Landesregierung, 46 Sonderbehörden zum 1. Januar 2007 aufzulösen, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung“, sagte Papke. „Wir werden im Blick behalten, dass nun auch der zweite Schritt zügig folgt“. FDP-Fraktionsvize Christian Lindner unterstrich nachdrücklich, dass es der Koalition der Erneuerung trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen gelungen sei, neue politische Schwerpunkte im Bereich Bildung, Innovation, Kinder und Jugend zu setzen. Einig waren die Liberalen darin, dass die Notwendigkeit das Reformtempo in NRW zu erhöhen, um die Erneuerung des Landes voranzubringen, unumgänglich ist. ■

Porträt der Woche: Anke Brunn (SPD)

Die Entscheidung war bewusst. Als Anke Brunn gefragt wurde, in welchem Landtagsausschuss sie mitarbeiten wollte, wurde ihr rasch klar, dass sie nicht für ihr früheres ministerielles Feld plädieren würde. „Also habe ich mich für Haushalt und Finanzen interessiert“, erklärt die Kölner Sozialdemokratin heute, bevor sie hinzufügt, „da ist im Moment viel Dampf drin“. Danach hält sie einen kleinen Vortrag über die vielen Kürzungen der neuen Regierung, sie umtreibt die Sorge, dass das Land in einigen Jahren anders aussehen wird als heute – positiv ist das nicht gemeint. Überall spürt sie zu viel marktradikalen Liberalismus, übrigens auch auf ihrem alten Politikfeld, an den Hochschulen. Sie ist bis heute gegen Studiengebühren: „Dann starten die jungen Menschen mit enormen Belastungen und vielen Schulden ins Berufsleben, genau dann, wenn sie eine Familien gründen und Kinder haben wollen.“ Mit einem Begriff wie dem Hochschulfreiheitsgesetz kann die ehemalige Wissenschaftsministerin des Landes wenig anfangen. „Das ist die Verabschiedung der Politik“, fürchtet Anke Brunn, sie sieht die Gefahr, dass man von einem Extrem ins Gegenteil verfällt, „der Staat muss nicht alles regeln, aber er darf sich auch nicht aus der Verantwortung stehlen und Bildung ist zunächst einmal eine staatliche Aufgabe“.

Dabei hatte sie selbst als Ministerin auf diesem Feld erste weitreichende Reformen angestoßen. Johannes Rau hatte die Sozialdemokratin aus Köln 1985 nach dem Gewinn der zweiten absoluten Mehrheit zur Wissenschaftsministerin berufen, sie sollte das Amt 13 Jahre lang behalten. In diese Zeit fallen wichtige Veränderungen.

Trotz heftiger Proteste aus der Szene hat sie den Hochschulstrukturplan 2001 auf den Weg gebracht. Wenig attraktive Studiengänge wurden damals geschlossen, die frei werdenden Kapazitäten auf neue Forschungsfelder gelenkt – unter dem Strich wurden 20 Prozent aller Stellen umgeschichtet. Schon 1990 legte Anke Brunn den ersten Grundstein für die größere Selbstständigkeit der Hochschulen. Neben dem „Aktionsprogramm Qualität der Lehre“ setzte sie die Initiative „Hochschulen und Finanzautonomie“ durch, mit denen sich die Universitäten grundlegend veränderten. „Wir wollen mehr Selbstverwaltung und mehr Professionalität, auch durch Globalhaushalte“, gab Brunn damals als Richtung vor – für sie war das die richtige Mischung zwischen Freiheit und notwendiger ministerieller Kontrolle. In einem hat sie sich freilich in alle den Jahren nicht verändert: Schon damals tritt sie energisch gegen Studiengebühren.

Nach dem Wechsel von Johannes Rau zu Wolfgang Clement schied sie 1998 aus dem Ministeramt aus. Obwohl sie die vom neuen Ministerpräsidenten Clement durchgesetzte Zusammenlegung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums für falsch hielt, ging sie mit ihrer Meinung damals nicht an die Öffentlichkeit. Sie beschränkte sich auf ihr direkt gewonnenes Kölner Mandat. Als sich die SPD in ihrer politischen Heimatstadt durch Finanz- und Korruptionsskandale an den Rand des Abgrunds brachte, sprang Anke Brunn als Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl im September des Jahres 2000 ein. Der Überraschungssieger des Urnengangs 1999, der Christdemokrat Harry Blum, war plötzlich verstorben und die SPD

suchte jemanden mit ausreichendem Profil, um die Macht wieder zurückzugewinnen. Da Anke Brunn neben ihrer Düsseldorfer Ministerzeit 1981 im Berliner Senat von Hans Jochen Vogel erste Erfahrungen als Senatorin gesammelt hatte, versuchte sie das weibliche Element nun auch in die Stadtpolitik einzuführen. Die Prioritäten lagen für sie klar. „Unter anderem selbstkritisch sein und mehr auf Lösungen als auf den Gegner schauen“, gab sie im Wahlkampf als ihre Parole aus. Sie kämpfte vehement gegen hemmungslose Privatisierungen. „Die Stadt darf ihr Tafelsilber nicht verkaufen“, wiederholte sie immerzu und schaffte am Ende einen Achtungserfolg für die durch Skandale gebeutelte Kölner SPD – sie holte im entscheidenden Wahlgang immerhin 47,7 Prozent. Seither hält sie sich eher im Hintergrund und zieht die Fäden bei der Erneuerung der Partei.

Mit Jochen Ott und Martin Börschel hat die Kölner SPD zwei viel beachtete Talente an die Partei- und Fraktionsspitze befördert. „Darauf bin ich stolz“, gibt Anke Brunn unumwunden zu und wünscht der Gesamtpartei ähnlichen Mut bei der personellen Erneuerung.

Autor:
Jürgen
Zurheide



FCL: Krampf und Kampf in Gevelsberg

Vorweg: Das Unentschieden war gerecht. Der FCL traf mit den Prominenten aus Gevelsberg auf ein Team, dem er auf Augenhöhe begegnen konnte. Die Spielanteile waren gut verteilt, ebenso die Chancen, wobei der FCL hier sogar ein leichtes Übergewicht hatte. Das Parlamentsteam ging auch in Führung. Einen zu kurz abgewehrten Ball nahm Fabian Langen etwa zehn Meter vor dem gegnerischen Kasten direkt und versenkte die Kugel unhaltbar im Netz.

Danach gelangen dem FCL einige sehenswerte Kombinationsansätze, aber insgesamt wirkte das Spiel nicht nur uninspiriert, sondern auch unstrukturiert. Zum Glück wirkte die hintere Defensivreihe des FCL mit Jörg Krause, Wolfgang Euteneuer und dem rustikal dazwischen fegenden Sören



Link recht sicher, konnte allerdings den Ausgleich kurz vor dem Pausenpfiff nicht verhindern. Auch der verletzt ins Spiel gegangene FCL-Keeper Rene Markgraf machte sich bei diesem Schuss unter das Quergestänge vergeblich lang.

Angetrieben von Spielführer Günter Langen und – von der Außenlinie – von Manager Hubertus Kramer brachte der FCL in der zweiten Halbzeit etwas mehr Linie in sein Spiel. Es blieb aber insgesamt ein Match mit mehr kampfbetonten als spielerischen Elementen. Dabei allerdings schenkten sich beide Teams nichts. Es ging zur Sache.

Beide hatten ihre Siegchance. Meistens jedoch wurde der FCL noch vor dem Strafraum gestoppt: „Kobra“ Willi Nowack lauerte deshalb vergebens auf den finalen Biss. Es blieb beim 1:1 Unentschieden. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309, Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 23. Juni bis 31. August 2006

23.6. Axel Wirtz (CDU)	49
26.6. Wolfgang Röken (SPD)	63
26.6. Jürgen Rüttgers (CDU)	55
28.6. Sören Link (SPD)	30
30.6. Reimund Billmann (CDU)	62
2.7. Clemens Pick (CDU)	59
7.7. Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	53
11.7. Karl-Josef Laumann (CDU)	49
12.7. Angela Freimuth (FDP)	40
15.7. Harald Giebels (CDU)	42
19.7. Hendrik Wüst (CDU)	31
22.7. Dr. Axel Horstmann (SPD)	52
22.7. Helmut Stahl (CDU)	59
23.7. Holger Müller (CDU)	59
23.7. Marlies Stotz (SPD)	47
26.7. Achim Tüttenberg (SPD)	47
28.7. Ingrid Hack (SPD)	42
4.8. Hannelore Brüning (CDU)	64
4.8. Hans-Joachim Reck (CDU)	54
9.8. Rüdiger Sagel (GRÜNE)	51
10.8. Bernd Krüchel (CDU)	42
18.8. Cornelia Ruhkemper (SPD)	52
21.8. Werner Jostmeier (CDU)	56
21.8. Ilka Keller (CDU)	62
27.8. Ulla Meurer (SPD)	51
28.8. Edgar Moron (SPD)	65
29.8. Ursula Doppmeier (CDU)	54
31.8. Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)	46

Jochen Dieckmann, (SPD) ist auf dem Landesparteitag der SPD in Bochum für die nächsten zwei Jahre als Landesvorsitzender bestätigt worden. Als Generalsekretär wurden Michael Groschek und als Schatzmeister Norbert Römer wiedergewählt. Stellvertreter im Landesvorstand wurden die Landtagsabgeordneten Birgit Fischer, Britta Altenkamp, Ute Schäfer und Dr. Kasten Rudolph.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ist einstimmig für weitere zwei Jahre zur Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Klare Bestätigung gab es auch für Johannes Rimmel (Parlamentarischer Geschäftsführer) und die stellvertretenden Vorsitzenden Barbara Steffens und Reiner Priggen.

Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) ist mit großer Mehrheit in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden. Landtags-Vizepräsidentin Angela Freimuth wurde erneut Stellvertreterin. Christian Lindner bleibt FDP-Generalsekretär.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 22. Juni 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Tag der offenen Tür –

diese Einladung werden sich tausende von Besuchern nicht entgehen lassen. Am Wochenende, dem 26. und 27. August, begehen Landtag, Landesregierung und Landeshauptstadt ihre 60-Jahr-Feier mit einer Bürgermeile entlang des Rheins. Dazu öffnet auch der Landtag seine Pforten und bietet seinen Gästen ein buntes Programm mit Führungen, Information und Unterhaltung

Foto: Schälte